

**DER GROSSE AUSVERKAUF
DER GESETZLICHEN
RENTENVERSICHERUNG**



„Für die Investoren ist entscheidend, dass es der Regierung gelungen ist, ein Projekt gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.“ So kommentierte der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Quelle: dpa/Der Tagesspiegel vom 10.03.2007

Inhalt

Zur Einstimmung	4
I. Deutschland vergeist!?	4
II. Wie dramatisch ist die Altersentwicklung?	4
III. Die angeblich nicht mehr tragbare Last der Alten.	6
IV. Produktivität schlägt Alterung.	6
Exkursion: Experten und Initiativen.	8
V. Die Anheizung des Generationenkonflikts.	9
VI. Der Generationenvertrag trägt immer.	9
VII. Eine clevere Strategie: Die Zerstörung des Vertrauens in die „staatliche Rente“.	12
VIII. Was ist was: Umlage oder Kapitaldeckung?	13
IX. So oder so: Die Jungen müssen für die Alten aufkommen.	13
Exkursion: Die Rente ist sicher.	15
X. Generationengerechtigkeit.	16
XI. Welches Modell arbeitet produktiver?	16
XII. Das Umlageverfahren ist besser als sein Ruf.	19
Exkursion: Die Ver(un)sicherungskampagne der BILD.	19
XIII. Der Fisch stinkt vom Kopf her.	25
XIV. Staatliche Werbung für die Versicherungswirtschaft.	29
Exkursion: „Mit Walter ins Alter“ Riester.	31
XV. Fazit.....	32
XVI. Der Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit.	33
Nachtrag: Die Propaganda wird immer dreister.	34
Impressum	35

Der große Ausverkauf der gesetzlichen Rentenversicherung.

Angenommen, Sie wären Prozessbeobachter bei einem Strafverfahren und würden erleben, wie der Richter jedes Faktum, das den Angeklagten von Vorwürfen entlasten könnte, beiseite schiebt. Sicher hätten Sie den Eindruck: hier geht etwas nicht mit rechten Dingen zu. Eigentlich gäbe es nur drei Erklärungen für ein solches richterliches Verhalten: Entweder ist der Richter nicht ganz bei Trost, oder er ist dem Einfluss der Staatsanwaltschaft erlegen oder er ist einfach nur gekauft.

Das ist ziemlich genau die Situation in der Debatte über das demographische Problem, das sich aus vielen Einzelproblemen zusammensetzt: wir werden weniger, wir bekommen zu wenig Kinder und die heutigen Rentner leben auf Kosten zukünftiger Generationen. Alles was gegen diese Annahmen spricht und den Generationenkonflikt entschärfen könnte, wird unter den Tisch gekehrt. Die Richter - in diesem Fall sind es die politischen, gesellschaftlichen, publizistischen und ökonomischen Eliten - lassen die entlastenden Fakten einfach unter den Tisch fallen, damit sie bei ihrem Schauprozess nicht gestört werden.

Fragen wir doch einmal nach: Haben wir denn wirklich ein demographisches Problem, das zum Anlass für massive Strukturreformen herhalten muss? Trägt der Generationenvertrag wirklich nicht mehr und wenn nicht, lässt er sich dann mit der Umstellung auf private Vorsorge und Kapitaldeckung in der Altersvorsorge retten?

Das Thema ist in den vergangenen Jahren stark emotionalisiert worden, auf Kosten einer nüchternen Analyse und pragmatischen Lösungen. Wer die gängige Angst vor dem Weniger- oder Älterwerden unseres Volkes dämpft oder auch nur relativiert, muss mit emotionalem Widerstand rechnen und sich auf hysterische Reaktionen gefasst machen. Dennoch wollen wir den Versuch machen, dem Wahn vom „vergreisenden“ und „aussterbenden“ Volk etwas entgegenzusetzen.

I. Deutschland vergreist!?

Alle Zeitungen und Fernsehsender, alle Politiker und Wissenschaftler senden die gleiche Botschaft aus: Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Dieser Satz ist eine glatte Lüge, denn er trägt immer, nur bedauerlicherweise ist der Kern des Generationenvertrages unter Detaildiskussionen über die Finanzierung der Alterssicherung verschüttet worden, denn den Generationenvertrag gibt es nicht erst seit Einführung der bismarckschen Rentenversicherung. Der Vertragsinhalt ist simpel: Die Generation die arbeiten kann, sorgt für die Generation, die nicht mehr arbeiten kann und die Generation, die noch nicht arbeiten kann - das galt schon in der Steinzeit und wird auch noch in den Glaspalästen auf dem Mond gelten. Wer den Generationenvertrag kündigen will, muss die Alten beseitigen und die Jungen verhungern lassen. Trotzdem geistert diese Forderung/Prophezeiung unentwegt durch die deutsche Medienlandschaft, genauso wie die zweite Behauptung: Die Deutschen vergreisen. Angesichts dieses Trommelfeuers ist es nicht verwunderlich, dass vermutlich eine große Mehrheit der Menschen diese Botschaften glaubt. Wie soll man bei einem so komplizierten Themenfeld einer unisono vorgetragenen Meinung widersprechen?

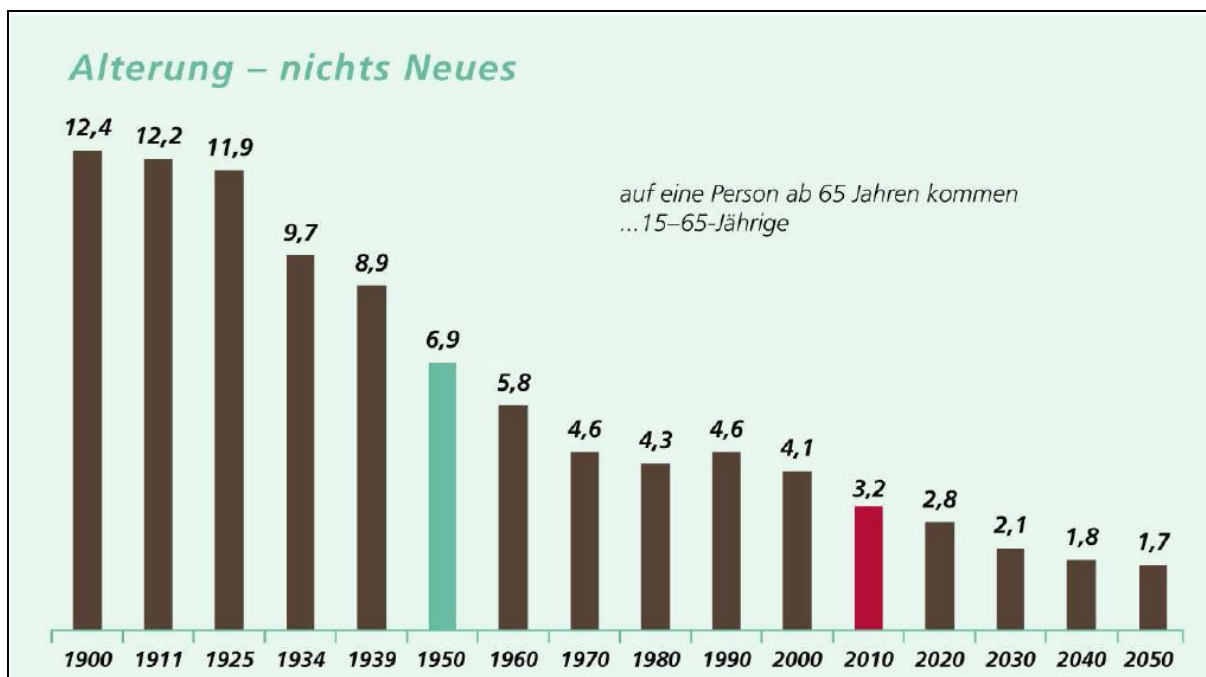
II. Wie dramatisch ist die Altersentwicklung?

Macht es Sinn, von Überalterung oder gar von Vergreisung zu sprechen? Wir haben auch in der Vergangenheit Alterungsprozesse erlebt, ohne dass unser Land darunter zu leiden hatte: 1950 betrug der Anteil der unter Zwanzigjährigen 30,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. 1995 stellte diese Altersgruppe nur noch 21,6 Prozent. In diesen 45 Jahren hat also, gemessen an den Zahlen, eine „dramatische Vergreisung“ stattgefunden. Hat das jemand gemerkt?

Jahr	Altersdurchschnitt
1950	35,4
2000	40,1

Tabelle: Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung Deutschlands, Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Tabelle zeigt eine beachtliche Veränderung des Altersdurchschnitts der deutschen Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 2000, allerdings keine dramatische. Im weiteren Verlauf wird der Altersdurchschnitt weiter ansteigen, allerdings ist dieser Anstieg auch von der Entwicklung der Geburtenrate und der Zuwanderung abhängig, und deren Entwicklung ist völlig offen. Jedenfalls ist die Alterung kein neues Phänomen.



Quelle: verdi: Mythos Demographie. Die Werte für 2010 bis 2050 sind Prognosen.

Das Zahlenverhältnis von älterer zu mittlerer Generation hat sich im Zeitablauf sehr verändert. Wie die Relation der alten zur mittleren Generation ist, darüber gibt die oben stehende Abbildung Auskunft. Unser Land erlebte demnach einen ständigen Alterungsprozess mit besonderer Talfahrt bis 1960. Im Jahr 1900 kamen auf einen alten Menschen 12,4 Personen mittleren Alters. Im Jahr 1960 waren es weniger als die Hälfte, nur noch 5,8. Eine dramatische Entwicklung. Hat sich damals jemand aufgeregt, eine Vergreisung beklagt, nach Strukturreformen oder nach der Anhebung des Renteneintrittsalters gerufen oder Renten Kürzungen gefordert? Und ist die jetzige Entwicklung angesichts dieser Fakten wirklich so einschneidend, so neu und so furchtbar? Wenn man überhaupt von Dramatik reden will, so sollte man es nur tun, wenn man von den vergangenen 100 Jahren spricht, sie liegt nämlich hinter uns und deshalb gibt es, angesichts der leichten Alterung die uns noch bevorsteht, keinen Grund zur Hysterie.

„Ein zweites Megathema ist die dramatische Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft.“
Horst Köhler, FAZ-Interview, 12.05.2004

Die Erhöhung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung ist doch kein Grund, über den Charakter dieser dann etwas älteren Gesellschaft so maßlos zu jammern. Wir haben Städte und Gemeinden in Deutschland, die schon seit Generationen durch einen höheren Anteil von älteren Menschen gekennzeichnet sind - Bad Godesberg zum Beispiel, München-Solln im Vergleich zu München-Hasenbergl oder Berlin-Wilmersdorf im Vergleich zu Berlin-Marzahn.

Eine der größten politischen Herausforderungen für Deutschland ist der demographische Wandel. Mit der Bevölkerung altern auch die Wähler. Deutschland 2020. Ein Memorandum der jungen Abgeordneten.

„Der Generationenvertrag ist zu den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar.“
Meinhard Miegel, BILD-Zeitung, 29.11.2002

Heute redet man von einem Verlust von Dynamik, nur weil der Anteil der Älteren steigt. So zu empfinden und daraus auch noch ein Thema angeblicher politischer Relevanz zu machen lässt tief blicken. In den Reihen unserer Meinungsführer herrscht eine eigenartige Lust an Panikmache oder Schwarzmalerei, an Predigten von Blut, Schweiß und Tränen, an immer neuen Pulsbeschleunigern in Sachen Bevölkerungsentwicklung. Oder dient ein solcher dramatisierender Sprachgebrauch nur der Entschuldigung und der Abschiebung von Verantwortung nach dem Motto: Was kann die Politik schon dafür, wenn die Menschen keine Kinder mehr bekommen? Wer sich angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen mit solchen Fragen beschäftigt, der ist unterbeschäftigt oder weiß zumindest nicht, Prioritäten zu setzen. Etwas anderes ist das Problem, dass junge Menschen aus wirtschaftlich besonders schwachen Regionen wegziehen. Über die Wanderungsbewegung muss man sich ernsthaft und viel eher Gedanken machen als über die Anhebung des Altersdurchschnitts der deutschen Bevölkerung insgesamt.

III. Die angeblich nicht mehr tragbare Last der Alten.

Um die Dramatik so richtig anzuschärfen, wird in der Debatte meist das Verhältnis von arbeitsfähiger Generation zur Rentnergeneration eingeführt - der Altersquotient, populär gesagt: die Alterslast. Diese Relation verändert sich, wie könnte es anders sein: „dramatisch“. Auf 100 Menschen mittleren Alters, also zwischen zwanzig und sechzig Jahren, die man für die arbeitsfähige Generation hält, kommen nach der Prognose des Statistischen Bundesamts im Jahre 2001 44 ältere und im Jahre 2050 78 ältere Menschen im Rentenalter. Man tut so, als ändere sich in diesem langen Zeitraum sonst nichts und als sei eine Berechnung, die sich allein auf die Älteren bezieht, aussagekräftig.

Wer die Grafiken richtig liest, mit denen das Statistische Bundesamt die Alterung und Bevölkerungsentwicklung unserer Gesellschaft abbildet, weiß, dass uns eine Revolution bevorsteht.

Quelle: Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott

Das ist nicht der Fall. Wenn man die Belastung der Arbeitsfähigen korrekt erahnen will, darf man nicht nur die auszuhaltende Rentnergeneration in Rechnung stellen, sondern muss auch miteinbeziehen, wie viele Jugendliche und Kinder zu versorgen sind. Auskunft darüber gibt der so genannte Jugendquotient. Schon wenn man die Entwicklung beider Lastenquotienten bis 2050 betrachtet (und dabei eine Veränderung der Geburtenrate und des Renteneintrittsalters ausschließt) wird die angebliche Dramatik enorm entschärft.

Jahr	Ältere	Junge	Gesamt
2001	44	38	82
2050	78	34	112

Tabelle: Auf 100 Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen..., Quelle: Statistisches Bundesamt

Während der Altersquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent. Die Dramatik hat sich also allein mit der Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert. Auch hier sollte man Werte aus der Vergangenheit gegenüberstellen: 1970 hatten 100 Erwerbsfähige für 60 Junge und 40 Ältere, also für eine Gesamtzahl von 100 zu sorgen. 2050 würde der Anteil nur um 12 Prozent höher liegen - wenn die Prognose des Statistischen Bundesamts eintritt.

IV. Produktivität schlägt Alterung.

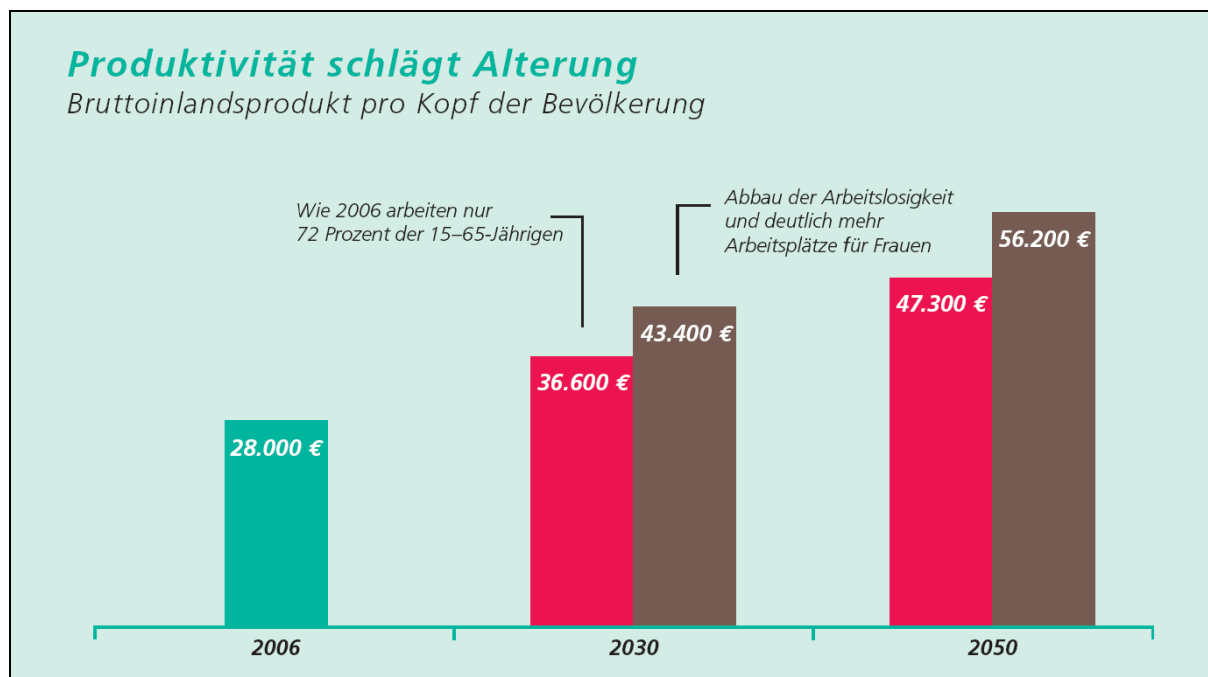
Auf fünfzig Jahre betrachtet, ist es etwas eigenartig zu unterstellen, die immer älter werdende Gesellschaft würde in ihrer Mehrheit dann immer noch darauf erpicht sein, mit durchschnittlich 60 Jahren in Rente zu gehen. In Japan sind 35 Prozent der über fünfundsechzigjährigen Männer berufstätig. Wenn die immer jugendlicher werdenden deutschen Alten im Jahre 2050 durchschnittlich bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr arbeiten würden, würde sich die „Alterslast“ hierzulande weiter entschärfen. Die Gesamtlast läge dann drei Punkte höher als heute: 85 statt 82.

Jahr	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	55	30	85	20 bis unter 60 Jahre

Tabelle: Auf 100 Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen..., Quelle: Statistisches Bundesamt

Diese Hinweise sollen kein Plädoyer für die Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters um fünf Jahre sein. Aber die heutige Neigung zur Frühverrentung, die ja zum Teil auch Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der Androhung von Arbeitslosigkeit ist, ist nicht gottgegeben. Zu unterstellen, dies würde sich in einem Zeitraum von fast fünfzig Jahren nicht ändern, ist unseriös. Schon wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nur auf ungefähr zweiundsechzig Jahre ansteige, wäre der Debatte über die unerträgliche Alterslast sofort der Boden entzogen.

Die entscheidende Entlastung und Entspannung des Problems folgt jedoch aus der *Produktivitätsentwicklung*. 1,5 Prozent jährlicher Zuwachs der Arbeitsproduktivität würde reichen, um allen Gruppen - den Arbeitenden, den Jungen und den Alten - auf Jahrzehnte hinaus einen wachsenden Wohlstand zu beschern. 1,5 Prozent, das ist ein Produktivitätszuwachs, der selbst in den wirtschaftlich schlechten neunziger Jahren erreicht wurde. Wenn dieser bescheidene Zuwachs realisiert wird, bedeutet das, dass sich unser reales Bruttoinlandsprodukt in fünfzig Jahren mehr als verdoppelt.



Quelle: verdi: Mythos Demographie. Die Steigerung der Produktivität - gemäß Prognose der Bundesregierung bis 2050 1,6 Prozent jährlich - bewirkt trotz Alterung der Bevölkerung auch in Zukunft einen starken Anstieg des gesellschaftlichen Reichtums pro Kopf.

Aufgrund des Produktivitätsfortschritts können also die arbeitenden Personen über mehr Einkommen verfügen und davon einen Anteil für Kinder und Rentner abgeben. So war das immer. Warum soll es künftig nicht mehr möglich sein?

Der Mathematiker Gerd Bosbach hat berechnet, was die Produktivitätssteigerung für einen Arbeitnehmer bestimmten Einkommens konkret bringt. Er unterstellt dabei nur eine jährliche Steigerung von 1,25 Prozent, wie es auch die so genannte Herzog-Kommission getan hat. Hier das Ergebnis seiner Berechnungen:

Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3.000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20 Prozent) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2.400 Euro. Nach der niedrigen Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent würden aus den 3.000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5.583 Euro. Bei einer Steigerung des Abgabesatzes für Rentner auf 30 Prozent verbleiben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3.980 Euro (plus 63 Prozent). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdopplung des Beitrages auf 40 Prozent Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3.350 Euro noch 40 Prozent mehr als heute. Von „unbezahlbar“ also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt: Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre, Einsparungen durch die ca. 30 Prozent weniger Kinder und Jugendliche, Abbau der Arbeitslosigkeit. Und angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen!

Fazit: Die Belastung der arbeitenden Generation ist nicht dramatisch

- wenn man die Gesamtlast berechnet
- und wenn man die absehbare Entwicklung der Produktivität mit einbezieht.

Es ist ein Geheimnis der politischen Klasse in Deutschland, warum diese Fakten, insbesondere die entlastenden Perspektiven, ignoriert werden. Warum ist ein großer Teil der Politik und der Wissenschaft und der Publizistik so resistent gegen die Wirklichkeit? Warum setzt man nicht auf die Möglichkeiten der Produktivitätsentwicklung? Warum nehmen die meinungsführenden Kräfte die Veröffentlichungen von Wissenschaftlern wie Gerd Bosbach, Richard Hauser, Hans-Jürgen Krupp und anderen nicht zur Kenntnis, sondern stützen sich ausgerechnet auf Professoren, die im Sold der Finanz- und Versicherungsindustrie stehen, so z.B. Meinhard Miegel, Bernd Raffelhüschen oder Bert Rürup? Was steckt dahinter? Entweder ist es mangelnde Übersicht oder das Eingebundensein in Interessen, man könnte es auch einfacher formulieren: Dummheit oder Korruption. Wahrscheinlich ist es beides.

Exkursion: Experten und Initiativen.

Ohne ein komplexes Netzwerk aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und ohne die Zuarbeit vieler Medien und Intellektueller wäre dieses Agendasetting, die Dramatisierung der Alterung, nicht möglich gewesen. Für die in Aussicht stehenden Renditen kann man ruhig Geld in die Hand nehmen, Institute und Initiativen gründen, Wissenschaftler kaufen und Journalisten begötschen. Als Normalbürger begegnen wir dem politischen Raum vornehmlich in Fernsehen und Presse, in Nachrichten und Talkshows. Dort gibt es zwei Sorten von Menschen: Die einen treten mit Kürzeln wie CDU, SPD, FDP auf, man kann sie sofort einem Lager zurechnen. Die anderen Menschen sind ohne Kürzel, aber dafür oft mit einem Titel. Sie werden in den Diskussionsrunden als Experten und Vordenker vorgestellt, so zum Beispiel: „Er gilt als einer der profiliertesten Wirtschafts- und Sozialforscher Deutschlands. Herzlich willkommen, Meinhard Miegel.“ Die Vorschusslorbeeren sind mit Bedacht gewählt. Als „Mahner“ und „Warner“, „ohne Parteibrille“, mit „harten Daten und Fakten“, so werden die Eliten des Mainstreams angekündigt. Welcher Zuschauer würde vor soviel Unabhängigkeit und Kompetenz noch Widerworte wagen?

Bei manchen Hochschullehrern, die mit ihrem Professorentitel und dem Image der Objektivität öffentlich Meinung machen und in Debatten als Kronzeugen für die private Altersvorsorge auftreten, kann man feststellen, dass sie neben ihrer eigentlichen Tätigkeit zusätzlich als Institutsleiter, Gutachter, Aufsichtsräte oder Werbeträger für wirtschaftliche Interessen, genauer gesagt für die privaten Versicherungskonzerne und Großbanken, tätig sind.

- Das gilt zum Beispiel für *Professor Hans-Werner Sinn*. Er wurde kürzlich von BILD zum besten Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands erklärt („Der Bester der Besten“). Von Sinn stammt bpsw. die sinnige Aussage: „Die Konjunktur geht immer rauf und runter“ - diese bemerkenswert „neue“ Feststellung macht Sinn höchstens zum Boulevard-Professor der BILD-Zeitung. Sinn ist neben seiner Professur an der Uni München Chef des ifo-Instituts und Aufsichtsrat bei der HVB Group.
- Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, *Klaus Zimmermann*, ist im Zweitberuf nicht nur Professor, sondern auch Direktor des Instituts für die Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, das im Einflussbereich der Deutschen Post AG steht.
- *Professor Dr. Bernd Raffelhüschen*, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Uni Freiburg, ist nicht nur bekannt als wissenschaftliches Sprachrohr und Mietmaul für die Privatisierung der Sozialversicherungen und gefragter Interviewpartner in Talkshows. Er ist wissenschaftlicher Berater des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der Victoria Versicherungs AG. Raffelhüschen ist auch im Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe, zu der die Gesellschaften Victoria, Hamburg-Mannheimer, DKV Deutsche Krankenversicherung, D.A.S. und die KarstadtQuelle Versicherungen gehören. Zudem hält er unentwegt für den Finanzdienstleister MLP Vorträge (allein 40 Vorträge in 2004) und liefert als Berater Beiträge für die Agitation der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sein Institut und das mit ihm verbundene „Forschungszentrum Generationenverträge“ wird, wie auf der Homepage nachzulesen ist, von dem Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V. finanziell unterstützt. Dieser Verein wird wiederum unter anderem von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, der Münchner Rückversicherung, der Süddeutschen Krankenversicherung sowie dem Verband der privaten Krankenversicherung finanziert.

The screenshot shows the website of the 'Forschungszentrum Generationenverträge' at the University of Freiburg. The header includes the name of the center, the director (Prof. Dr. Raffelhüschen), and a navigation menu with links to 'Aktuelles', 'Über uns', 'Forschung', 'Publikationen', 'Verein', 'MBA', 'Kontakt', 'Impressum', and 'Institut'. Below the header, there is a section titled 'Die Sponsoren des Vereins' with a sub-link 'Verein: Vorstellung • Vorstand • Sponsoren'. The text states: 'Wir bedanken uns bei den nachstehenden Sponsoren für die Unterstützung:' followed by a list of sponsors:

- bbg Betriebsberatung GmbH
- BDO Deutsche Warentreuhand AG
- HDI-Gerling Pensionsmanagement AG
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG
- SICK AG
- Süddeutsche Krankenversicherung a. G.
- Verband der privaten Krankenversicherung e.V.

Quelle: Website des Forschungszentrums Generationenverträge

- *Professor Bert Rürup*, Vorsitzender des Sachverständigenrats der Bundesregierung und vermeintlicher „Rentenpapst“ und Raffelhüschen verbindet das Engagement für MLP.
- Der Mannheimer *Professor Axel Börsch-Supan* macht mit seinem Institut MEA, das mit Hilfe der Versicherungswirtschaft gegründet wurde, Stimmung gegen das Umlageverfahren und für die Privatversicherung. Im Vorstand des MEA sitzt wiederum Bert Rürup.
- Börsch-Supan erstellt auch Gutachten für das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA). Gesellschafter des DIA sind die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Bauspar AG, DWS Investmend GmbH und Deutscher Herold AG, Kooperationspartner ist die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Als wissenschaftlicher Berater des DIA fungiert der in vielen Talkshows auftretende *Professor Meinhard Miegel*. Er leitet das Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft e.V. (IWG), das sich aus Mitgliedsbeiträgen großer Unternehmen finanziert.



Prof. Hans-Werner Sinn, Klaus Zimmermann, Prof. Bernd Raffelhüschen, Prof. Bert Rürup, Prof. Axel Börsch-Supan und Prof. Meinhard Miegel

Das Netzwerk besteht aber nicht nur aus den genannten Experten. In den letzten Jahren hat sich eine fast unüberschaubare Vielfalt von Lobbygruppen und Reforminitiativen gegründet. In diesen polemisieren exponierte Parteiprominente und die eben vorgestellten Experten gegen die Parteipolitik, treten im Namen des großen Ganzen gegen das vermeintliche Diktat der Einzelinteressen an und vertiefen so auf billige Weise ihr Profil. Alle präsentieren sich als überparteilich. Alle haben prominente Aushängeschilder, die sich dem bedrohten Wohl des Landes verpflichtet haben, und den Anspruch, mit Expertisen den Weg aus der angeblichen Krise zu zeigen. Alle haben großzügige Spender und Gönner aus Wirtschaft und gehobener Gesellschaft - in diesen Kreisen ist der vornehme Klüngel ganz unter sich. Die große Anzahl der Organisationen suggeriert dabei inhaltliche Vielfalt, in Wahrheit ist das glatte Gegenteil der Fall. Alle haben einen einzigen ideologischen Masterplan, und der heißt: weniger Sozialstaat und angeblich mehr Markt. Gemeinsames Ziel ist es, mit massiver Propaganda die Meinung des Volkes zu ändern. Nachfolgend eine Aufzählung an Lobbyinitiativen ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanziert seit Oktober 2000 die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* mit 8,8 Millionen Euro jährlich.
- McKinsey ist Initiator eines Kreises, der zusammen mit dem Stern, ZDF und web.de mit Hilfe einer Umfrage unter dem Namen *Perspektive Deutschland* eine subtile Propaganda für neoliberale Ideen macht. Als Schirmherr hat sich der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hergegeben.
- Das Pharmaunternehmen Altana AG, das mehrheitlich der Familie Quandt gehört, finanziert die *Aktion Generationengerechtigkeit der jungen Bundestagsabgeordneten*.
- Die deutschen Medienunternehmen tragen die Kampagne *Du bist Deutschland*, die dafür sorgen soll, dass uns die ganze Entsolidarisierung nicht die gute Laune raubt. Unterstützt wird die Aktion von der Bertelsmann Stiftung.
- Der *Konvent für Deutschland* will den auf sozialen Ausgleich bedachten Föderalismus durch einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern ersetzen und die Reform der Reformfähigkeit vorantreiben.
- Die *Stiftung Marktwirtschaft* kümmert sich vornehmlich um Steuerfragen, sprich: um die Senkung der Steuerbelastung vor allem von Unternehmen.
- *Berlinpolis* beklagt die Benachteiligung der jungen Generation und zeichnet zu diesem Zweck ein Zerrbild unseres Staates.
- Weitere: *Der Bürgerkonvent*, *Klarheit in die Politik*, *Stiftung liberales Netzwerk*, *Aufbruch Jetzt*, *Deutschland packt's an*, *Für ein attraktives Deutschland*, *Projekt Neue Wege*.

Die agierenden Experten, Botschafter und Initiativen sind auf vielfältige und verwirrende Weise miteinander verflochten und verfilzt. Unter dem Siegel der Pluralität agieren aber immer die gleichen Leute. Die komplizierten Verästelungen dienen nur dem Zweck auf breiter Front und aus den verschiedensten Richtungen die immer gleichen Impulse auszusenden. Die Botschaft soll durch ständige Präsenz und Wiederholung an Glaubwürdigkeit gewinnen.

V. Die Anheizung des Generationenkonflikts.

Die falsch ausgewählten und falsch interpretierten Daten und die Missachtung aller entlastenden Faktoren werden dazu benutzt, um einen Konflikt zwischen der älteren Generation und der jungen/arbeitenden Generation zu schüren. Man spürt das heute überall. Die junge Generation muss unter dem anhaltenden Trommelfeuer den Eindruck gewinnen, die Älteren lebten auf ihre Kosten. Dieser Eindruck ist durch nichts gerechtfertigt, außer durch Interessen der Finanzindustrie, den Banken und großen Versicherungskonzernen die aus dem Sargklappern Profit schlagen und von der Angst der jungen Generation leben. So wird die junge Generation vor den Wagen der Privatversicherung gespannt, als sei die Sozialversicherung der Ausbund des Generationenbetrugs.

Dass es der jüngeren Generation nicht gut geht, dass sie schlechte Möglichkeiten hat, Arbeit zu finden, dass ihre Berufschancen und ihre Auswahlmöglichkeiten schlechter sind als die der jungen Generation in den 60er und 70er Jahren, ist richtig. Dass von ihnen absolute Flexibilität und Mobilität verlangt wird und sie gleichzeitig Familien gründen sollen, gehört zur Quadratur des Kreises, den die junge Generation realisieren soll.

Richtig ist aber auch, dass daran nicht ihre Eltern und Großeltern schuld sind, sondern jene politisch Verantwortlichen, die nicht begriffen haben, dass man eine Volkswirtschaft nicht verdursten lassen darf, dass man sie nicht zwanzig Jahre lang unter ihren Kapazitäten fahren darf und dass man sie nicht nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben organisieren kann. Die junge Generation sollte sich nicht in einen Konflikt mit ihren Eltern und Großeltern hineintreiben lassen. Sie wäre besser beraten, ihren Zorn, ihre Wut gegen die Ideologie der Neoliberalen zu wenden, die uns eine grundfalsche Konjunktur- und Wachstumspolitik beschert haben und leider immer noch bescheren.

VI. Der Generationenvertrag trägt immer.

Eine der beliebtesten Formeln zum Anheizen des Konflikts ist die Behauptung (die Lüge), der Generationenvertrag trage nicht mehr. Wie bereits gesagt, der Generationenvertrag meint, dass die älter werdende Generation sich darauf verlassen kann, dass die junge Generation dafür sorgt, dass die Älteren zu essen, zu trinken, zu kleiden, zu wohnen, etc. haben. Die arbeitende Generation ihrerseits kann sich darauf verlassen - so der Gedanke und auch die Wirklichkeit -, dass die nachwachsende Generation (um sie sie sich ja auch gekümmert, also großgezogen, haben) eines Tages die gleiche Leistung für sie erbringt. Nun wird behauptet, dieser Vertrag gelte nicht mehr bzw. er sei, wie Meinhard Miegel sagt, unter den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar; Kurt Biedenkopf warnt vor der Vertragskündigung durch die Enkelgeneration. Was soll das heißen? Werden die Älteren dann in die Wüste geschickt? Oder in den Wald? Wird man wieder mit der Euthanasie beginnen, um die Lebenszeit der Alten zu begrenzen? Das ist doch wohl nicht die Absicht.

Es ist selbstverständlich, dass die Versorgung der Älteren, also der nicht mehr berufstätigen Rentner und Pensionäre, immer von denen getragen und besorgt wird, die arbeiten. Man begreift dies leichter, wenn man aufhört, in so genannten monetären Größen, also in Geldkategorien, zu denken und wenn man stattdessen in realen Wirtschaftsgrößen, also in *real terms* denkt. Stellen wir uns einmal die reale Welt der Produktion von Gütern und Dienstleistungen vor: die arbeitende Generation produziert die Güter und leistet Dienste; ein Teil davon - also Pflegedienste oder einfach nur die Versorgung mit Obst, Gemüse, Getränken oder Autos - wird abgezweigt für die nicht mehr arbeitende Generation. Ganz gleich, wie sich die Anzahl der Arbeitenden zur Zahl der Älteren verhält, der Generationenvertrag wird immer erfüllt, wie die Menschheitsgeschichte zeigt. Es sei denn, man entscheidet sich für die andere Lösung und lässt die Alten verhungern.

In der Demographiedebatte wird aber noch vielfältiger manipuliert, nachfolgend drei Beispiele:

1. Es wurde uns auf der Basis einer Studie des *Berlin Instituts* erzählt, Deutschland habe mit 1,36 Kindern pro Frau die niedrigste Geburtenrate der Welt und zurzeit auch die niedrigste seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Richtig hingegen ist, dass die Geburtenrate noch in 10 anderen Ländern der EU unter der deutschen und bei fünf anderen Ländern ungefähr gleichauf liegt, weltweit sowieso. Richtig ist, dass nicht heute sondern sinnigerweise nach der Wende von Schmidt zu Kohl Mitte der 80`er die Geburtenrate auf 1,28 und damit auf den niedrigsten bisherigen Wert seit 1945 absackte.

Jahr	Alte Bundesländer	Gesamt-Deutschland	Neue Bundesländer
1950	2,10		
1965	2,51		
1975	1,45		
1985	1,28		
1990	1,45		
1995	1,34		0,84
2000	1,41		1,21
2001		1,35	
2002		1,34	
2003		1,34	
2004		1,36	

Tabelle: Entwicklung der Geburtenziffer (Geburt pro Frau zwischen 15 und 50 Jahren), Quelle: Statistisches Bundesamt

Trotz dieser Faktenlage und trotz der Tatsache, dass schon auf der Homepage des *Berlin Instituts* einer der Finanziers der Studie genannt war, die Deutsche Krankenversicherung AG, wurden die falschen Ziffern in unzähligen Sendungen des Hörfunks und des Fernsehens und Artikeln der Printmedien kommentarlos und unwidersprochen weiterverbreitet. Die gesamte Debatte um die Geburtenrate und ihre leichte Veränderung nährt sich aus Kaffeesatzleserei. Sie lässt z.B. meist beiseite, wie sehr die Entscheidung für oder gegen Kinder in den letzten Jahren von der schlechten wirtschaftlichen Lage, den mangelnden Berufsperspektiven und den unsicheren Arbeitsverträgen beeinflusst wurde.

DEMOGRAFIE

„Das ist abenteuerlich“



Die CDU-Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler, 30, über ihre Initiative für eine Änderung der Bevölkerungsstatistik und die Folgen für die Debatte über kinderlose Frauen

SPIEGEL: Frau Köhler, jahrelang hieß es in Deutschland, Akademikerinnen bekämen zu wenig Kinder. Haben wir über ein Phantomproblem geklagt?

Köhler: Es spricht einiges dafür. Nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bleiben 25 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss ohne Kinder – und das ist nur ein geringer Unterschied zur Quote der kinderlosen Frauen insgesamt. In den meisten Veröffentlichungen heißt es aber, dass 40 Prozent der Akademikerinnen auf Nachwuchs verzichteten.

zur Einführung des Elterngeldes. Ein weiterer Beleg für den engen Zusammenhang von öffentlicher Meinungsbildung und politischer Entscheidungsfindung. Im Spiegel Nr. 33 vom 13.08.2007 (siehe oben), also etwa 2 Jahre nach Verbreitung der manipulierten Zahlen, erschien ein Interview mit der CDU Bundestagsabgeordneten Kristina Köhler, in dem diese die folgenschwere Manipulation bestätigt und sich darüber tatsächlich verwundert zeigt. Dies ist ein schönes Beispiel für die Mittelmäßigkeit unserer Eliten, denn was Köhler im August 2007 realisiert hat, konnte man schon vor 2005 in kritischen Medien nachlesen. Aber dann hätte man

SPIEGEL: Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat die Einführung des Elterngeldes auch damit begründet, dass Akademikerinnen zu oft kinderlos blieben. Muss das Elterngeld nun auf den Prüfstand?

Köhler: Nein, vom Elterngeld profitieren ja alle Frauen, und dass mehr Kinder geboren werden sollen, ist ja unstrittig. Aber es wäre ein Fortschritt, wenn man Akademikerinnen nicht länger vorwerfen würde, sie seien im Gebärstreik.

Quelle: Der Spiegel Nr. 33 vom 13.08.2007, Seite 16

2. In den letzten Jahren ist uns immer wieder erzählt worden, die Akademikerinnen blieben zu 40 Prozent kinderlos. Richtig ist, dass man die statistische Erhebung im Mikrozensus unterlassen hat. Schätzungsweise liegt die Akademikerinnen-Kinderlosigkeit bei ungefähr 25 Prozent, also knapp unter dem Wert anderer Frauen. Die penetrante Vermittlung der falschen Zahlen war jedoch eine wichtige Vorbereitung

keine Begründung mehr für die ungerechte Staffelung des Elterngeldes gehabt, also blendete man die Wahrheit einfach aus und das ist in der Tat, um mit Kristina Köhlers Worten zu sprechen, abenteuerlich.

3. Auch die *Robert Bosch-Stiftung* beschäftigt sich mit der Demographie. Eine von ihr finanzierte Kommission unter dem Vorsitz von Kurt Biedenkopf und mit Beteiligung von Hans-Werner Sinn und der Hannoverschen Landesbischöfin Margot Käßmann hat nicht nur die abstruse Behauptung aufgestellt, jedes Kind bringe uns im Laufe seines Lebens 77.000 € netto, die Kommission hat sich auch zur so genannten klassischen Bevölkerungspyramide geäußert. Weiten Kreisen unseres Volkes und gerade auch dem gut ausgebildeten Bürgertum ist vermittelt worden, die Bevölkerungspyramide mit einem breiten Fuß und sich kontinuierlich wie eine Pyramide verjüngender Spitze sei etwas Erstrebenswertes. So ist es in dem Bericht der so genannten Biedenkopf Kommission der Robert Bosch-Stiftung dokumentiert, die Ende des Jahres 2005 veröffentlicht wurde. Eine solche Pyramidenform kann nur bei hoher Säuglings-, hoher Kinder- und hoher Erwachsenensterblichkeit zu Stande kommen. Aber Millionen Deutsche glauben die gängige Version der Interpretation. Sie sind Opfer unsere Eliten.

Alle Behauptungen, Lügen und das Verschweigen der entlastenden Fakten sind Teil der Stimmungsmache für die Umstellung des Alterssicherungssystems von der gesetzlichen und solidarischen Rentenversicherung auf die private Vorsorge, vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren. Dabei geht es um Geld, viel Geld. Da fallen alle Hemmungen, die Chefs der Versicherungskonzerne verlieren ihre Contenance, ihre Lobbyisten den Anstand. Wie dargestellt hat es im Schauprozess gegen die gesetzliche Rentenversicherung keine faire Verhandlung gegeben. Das Urteil stand schon vorher fest. Geschrieben von der Finanzindustrie, bezeugt von den wissenschaftlichen und publizistischen Eliten und verkündet und vollstreckt von der Politik: „Das Umlageverfahren funktioniert nicht mehr. Jetzt hilft nur noch Privatvorsorge“.

VII. Eine clevere Strategie:

Die Zerstörung des Vertrauens in die „staatliche Rente“.

Angenommen, Sie hätten ein Unternehmen mit einem Umsatz von 67 Milliarden Euro - etwas groß, zugegeben, aber es kommt hier nur auf die Relationen an. Und angenommen, Sie hätten einen noch größeren Konkurrenten, der 156 Milliarden Euro umsetzt. Und nun hätten Sie die Chance, die Umsatzzuwächse des Konkurrenten und darüber hinaus noch ein paar Milliarden von seiner Substanz auf sich umzulenken; vielleicht fürs erste gute 10 Prozent seines Umsatzes. Und alles, was Sie dafür tun müssten, um auf Anhieb Ihren Umsatz um 15 Milliarden, also um ein knappes Viertel aufzustocken, ist etwas Eigenwerbung und die Verbreitung des Gerüchts, der Konkurrent sei ein Auslaufmodell. Das wäre doch was... Bei einem erwarteten Umsatzplus von 15 Milliarden wären die 20, 30 oder auch 100 Millionen, die Sie für Zeitungsanzeigen und eine groß angelegte PR-Arbeit unter Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten investieren müssten, lächerlich wenig. Peanuts sozusagen.

Dieses Märchen ist Wirklichkeit. Nicht für Sie und nicht für uns. Aber für die Lebensversicherungsbranche (deren Einnahmen aus den Versicherungsprämien betragen ungefähr 67 Milliarden Euro) und für die Banken, die am Transfer und an der Anlage des Geldes verdienen. Sie tun viel dafür, um das Märchen in klingende Münze umzusetzen. Wie die entsprechende Werbearbeit aussieht, zeigt ein Zitat aus dem Brief eines Vorstandmitglieds der Dresdner Bank, veröffentlicht per Zeitungsanzeige:

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts des demographischen Wandels - immer mehr älter werdende Menschen stehen immer weniger jungen Bürgern gegenüber - machen sich viele Sparer Gedanken über ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Es zeichnet sich ab, dass die staatliche Rentenversicherung den Versicherten in Zukunft nicht mehr das gewohnte Leistungsniveau bieten kann. Deshalb wächst der privaten Altersvorsorge eine immer größere Bedeutung zu.

Und weil das so sei, wirbt die Dresdner Bank im konkreten Fall für Wertpapierfonds. Aber auch Ihre deutschen Lebensversicherungen werben in einem wahren Bombardement von Briefen, Telefonaten und in teuren Anzeigen für die private Vorsorge durch Abschluss einer Lebensversicherung, wörtlich:

Was bei der gesetzlichen Rente später für Sie rausspringt, kann Ihnen keiner sagen (...) Eine Lebensversicherung hält, was sie verspricht. Ein Leben lang.

Diese Zitate stammen aus dem Jahr 1999. Schon den Bundestagswahlkampf 1998 begleiteten die Lebensversicherer mit einer Flut von ganzseitigen Anzeigen, in denen sie für die private Vorsorge Werbung machten. Das tun sie bis heute, wobei Lebensversicherer und private Krankenkassen an

einem Strang ziehen und auch die gleichen Argumente verwenden. Im Juni 2003 hieß es in einer von vielen ganzseitigen Anzeigen der Privaten Krankenversicherer:

Ach du Schreck, alles weg... Gesundheitsreform JA. Von der Hand in den Mund NEIN. Eine älter werdende Gesellschaft braucht immer mehr Gesundheitsleistungen. In der Umlagefinanzierung der gesetzlichen Krankenkassen werden die eingezahlten Beiträge sofort wieder für Leistungen ausgegeben. Das Ergebnis: leere Kassen und eine Finanzierung, die keine Vorsorge für unsere Zukunft bildet - eine Belastung, die unsere Kinder später tragen müssen. Generationengerechtigkeit: Das bessere Konzept heißt Kapitaldeckung.

Die Banken, die Lebensversicherer und die privaten Krankenversicherungen können ihre Kampagne zur Störung des Vertrauens in die klassische Rentenversicherung und in die gesetzlichen Krankenkassen auf einen breiten Verbund von Stimmungsverstärkern in Wissenschaft und Politik, in Talkshows, Zeitungen und Zeitschriften stützen. Vor allem in der Regierung Kohl hatten sie eine große politische Hilfe. Diese hat, gewollt oder ungewollt, nach der Einheit einen großen Teil der Sozialversicherungsleistungen für die Menschen in den neuen Bundesländern den Beitragszahlern aufgebürdet. Das sind die versicherungsfremden Leistungen, die die Beiträge um rund 3,5 Prozentpunkte steigerten und so den Erosionsprozess erst richtig in Gang brachten, der das Vertrauen in die staatliche Rente mittlerweile stark beschädigt hat.

Der Spiegel, bei diesem Thema schon lange an vorderer Front, forcierte die Kampagne immer wieder; schon am 30. August 1999 hieß es in einer Titelgeschichte:

Weil Deutschland vergeist, wird die Rentenversicherung unbezahlbar...

Und im Oktober 1999 fasste der Spiegel die Kernbotschaft so zusammen:

Letztlich geht es in der neu entfachten Debatte um eine Grundsatzfrage. Alle Parteien haben erkannt, dass die staatliche Rente allein künftig nicht mehr ausreichen wird. Das Umlageverfahren, das die Beiträge der aktiven Arbeitnehmer direkt an die derzeitige Rentnergeneration weiterreicht, bedarf der Ergänzung durch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge (...)

Das klingt schlüssig und logisch. Aber logisch ist die Behauptung, unser demographisches Problem - soweit wir eines haben - sei dadurch zu lösen, dass die gesetzliche Rentenversicherung - und analog die gesetzliche Krankenversicherung - durch ein privates Bein ergänzt beziehungsweise ersetzt wird, allein für die Versicherungswirtschaft, die Banken und die mit ihnen verbundenen Interessen. Sie gewinnen, wenn die soziale Alterssicherung in Richtung Grundsicherung gedrückt und alles Zusätzliche in Lebensversicherungen oder in Wertpapierfonds gelenkt wird - oder wenn die privaten Krankenkassen ihre Marktanteile in großen Schritten ausdehnen.

VIII. Was ist was: Umlage oder Kapitaldeckung?

Die Beiträge der Arbeitenden werden beim Umlageverfahren von den Rentenversicherungsträgern eingesammelt und an die Rentner ausgezahlt. Die Beitragszahlenden erwerben dabei einen Anspruch auf eigene spätere Rente. Beim Kapitaldeckungsverfahren sollen die Beiträge (Prämien) der privat Versicherten als Kapital gesammelt und angelegt werden. Nach Fälligkeit des Versicherungsvertrags werden dann Kapitalstock und Rendite zusammen dem jeweiligen Versicherten als private Rente ausbezahlt.

Weder für uns Bürger noch für die Politiker ist die Behauptung schlüssig, der Generationenvertrag der Rentenversicherung trage angesichts der demographischen Veränderungen nicht mehr, und das Problem sei nur mit Hilfe privater Vorsorge zu lösen. Es klingt nur schlüssig, und deshalb teilen diesen Glauben viele, die sich mit dem Thema beschäftigt haben oder einfach nur Opfer der penetranten Werbung sind. In Wahrheit ist die Behauptung aber grundfalsch - und hat auch schon zu einer Reihe höchst problematischer politischer Entscheidungen geführt.

IX. So oder so: Die Jungen müssen für die Alten aufkommen.

Die Umstellung des Finanzierungsverfahrens auf das Kapitaldeckungsverfahren ändert auch nichts daran, dass die Jungen für die Alten aufkommen müssen. Es sei denn, man unterstellt, durch die Einführung der Riester-Rente oder anderer Modelle der privaten Vorsorge würden erkennbar mehr Kinder geboren. Theoretisch könnte es ja sein, dass sich Väter und Mütter über die versprochene hohe Rendite so freuen, dass sie mehr Kinder zeugen und bekommen.

Im Ernst: Die Hoffnung, die hierzulande mit der Riester-Rente und anderen Systemen privater Altersvorsorge verbunden wird, gründet vor allem darauf, dass der Glaube an die Wirksamkeit dieser Umstellung nun schon seit Jahren in die Köpfe und Herzen gehämmert wird - mit allen denkbaren Methoden und viel Geld. Aber was so schlüssig zu sein scheint, hat ein paar Schönheitsfehler:

- Die Aussage, beim bisherigen Umlageverfahren würde nichts angespart, die eingezahlten Beiträge würden sofort wieder für Leistungen ausgegeben, ist in der Regel sogar richtig. Das ist das logische Prinzip dieses Umlageverfahrens. Allerdings ist der daraus gezogene Schluss, dieses Verfahren gehe zu Lasten unserer Kinder, nicht richtig.
- Die Aussage, beim Kapitaldeckungsverfahren könnten die eingezahlten Beiträge als Kapital arbeiten, ist ungemein eingängig. Aber das stimmt nicht, wenn man genauer hinschaut, und schon gar nicht gilt diese Behauptung, wenn man den gesamtwirtschaftlichen Effekt einbezieht.

Was sind nun aber die in diesen beiden Aussagen eingebauten Denkfehler? Um diesen Parolen auf den Grund zu gehen und die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Vorgänge besser zu verstehen, ist es nützlich, wenn wir die Welt unserer Wirtschaft nicht in Kategorien von Geld- und Finanzströmen zu begreifen versuchen, sondern in Güterströmen, den so genannten *real terms*. Wir stellen fest: Heute haben 100 arbeitsfähige Personen für 44 Ältere zu sorgen, im Jahre 2050 werden sie für 78 Ältere zu sorgen haben. Und wir fragen: Ändert die Umstellung auf ein anderes Finanzierungsverfahren etwas an dieser realen Relation von jung und alt? Wie soll das gehen? Das ist unwahrscheinlich. Auch bei Anwendung des Kapitaldeckungsverfahrens bleibt es real beim gleichen Verhältnis von Arbeitsfähigen zu Rentnern. Auch die Qualifikation der dann Arbeitenden und damit ihre Produktivität - ein anderer wichtiger Faktor zur Bewältigung der Alterslast - sind nicht davon abhängig, ob das Umlageverfahren oder das Kapitaldeckungsverfahren angewandt wird.

Unabhängig vom gewählten Verfahren geht es immer um Realtransfers unter den jeweils Lebenden. Die Aktiven müssen auf Konsum verzichten. Sie tun das im Umlageverfahren durch Zwangssparen in Form von Beiträgen und Steuern, im Kapitaldeckungsverfahren durch Sparen und Kauf von Vermögenswerten. Die Erkenntnis, dass sich mit der Umstellung des Finanzierungsverfahrens nichts an der realen Situation und der realen Belastung verändert, nennt man nach dem Nationalökonom Gerhard Mackenroth das „Mackenroth-Theorem“.

Die Befürworter des Kapitaldeckungsverfahrens und der privaten Vorsorge bekämpfen das Mackenroth-Theorem, als wäre es der Leibhaftige persönlich. Dazu eine kleine Geschichte:

Der Mannheimer Ökonomieprofessor Axel Börsch-Supan, von Haus aus Mathematiker und eigentlich ein intelligenter Zeitgenosse, war mir (Albrecht Müller) schon vor mehreren Jahren bei einem Dialog im Rahmen der Evangelischen Akademie der Pfalz durch seine dezidierte und logisch nicht nachvollziehbare Abweisung des Umlageverfahrens aufgefallen. Das Rätsel klärte sich, als der Professor in Mannheim - im Zusammenhang mit der Universität - ein Institut mit Namen MEA eingerichtet bekam („Mannheim Research Institute for the Economics of Aging“, zu Deutsch: Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel), finanziert vom Land Baden-Württemberg und der deutschen Versicherungswirtschaft. Dieses Institut fertigt Gutachten, unter anderem für Versicherungen und Banken. Solche Institute sind lukrative Nebenjobs für unsere Professoren. Bei der Jahrestagung seines Instituts im November 2003 hielt Börsch-Supan die Eröffnungsrede, in der er es als „Hauptbeitrag des MEA“ bezeichnete, „Denkdisziplin“ in die Debatte zu bringen: „Denkdisziplin, die zum Beispiel die so genannte Mackenroth-These in der Form „es kommt nicht auf die Finanzierungsweise der Sozialversicherung an, da jede aus dem laufenden Bruttozialprodukt geschöpft werden muss“ als falsch entlarvt“. Als ich mich bei MEA nach diesem „Hauptbeitrag“ erkundigte, bekam ich den Hinweis auf eine in der Sprache der Mathematik verfasste Dissertation von 1988. Damals gab es das Institut noch nicht, und die Entlarvung des Mackenroth-Theorems als „Hauptbeitrag“ des MEA zur „Denkdisziplin“ gibt es auch nicht. Übrigens auch nicht in der Dissertation von 1988, wie mir mathematisch versierte Kollegen versichern. Aber solange niemand kritisch nachfragt, bleibt die Behauptung wahr, und sie wird immer wahrer, je mehr sie unhinterfragt wiederholt und verbreitet werden kann. So verhält es sich mit der Behauptung, das Umlageverfahren funktioniere nicht mehr und das Kapitaldeckungsverfahren sei die Lösung.

Dem Fehlschluss, das Kapitaldeckungsverfahren sei die Lösung, kann man noch mit einer anderen Erwägung auf die Schliche kommen: Auch die Befürworter des Kapitaldeckungsverfahrens denken und sprechen bei der Darstellung des für sie so gewichtigen Alterungsproblems zunächst in realen Größen. Sie sagen beispielsweise: Die Alterslast wächst von 44 auf 78, und sie bedienen sich damit einer gesamtwirtschaftlichen Argumentation. Sie denken und sagen, die Last werde für die junge, arbeitende Generation nicht mehr tragbar, und deshalb müsste die jetzige Generation zusätzlich Kapital sammeln - und auch dies ist eine gesamtwirtschaftliche Argumentation. Dann jedoch springen

diese Befürworter der privaten Vorsorge um auf eine einzelwirtschaftliche Betrachtung und noch dazu auf eine so genannte Partialanalyse, wie wir Ökonomen sagen. Konkret heißt das: Sie betrachten einen einzelnen jungen arbeitenden Menschen, der privat vorsorgt und zum Beispiel in die Riester-Rente einzahlt, und schließen aus dieser Beobachtung, da werde Kapital angesammelt und dieses arbeite, bringe Zinsen und stehe dann in zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren noch für die Rente dieses ehemals jungen Menschen zur Verfügung.

Wenn wir aber gesamtwirtschaftlich denken und dabei beachten, was sich ändern könnte, wenn einer beschließt, Geld für die private Vorsorge zu zahlen, und welche Konsequenzen die Entscheidung des jungen Arbeitenden haben könnte, dann kommen wir möglicherweise zu einer ganz anderen Bewertung. Das hat verschiedene Gründe:

1. Woher nimmt der junge Mensch das Geld für die monatlichen Zahlungen? Er könnte mehr sparen, wenn er das Geld für sich und seine Familie nicht braucht - dann würde er die volkswirtschaftliche Sparquote nach oben zu schieben helfen. Er könnte auf andere Formen des Sparens verzichten, also ein Sparkonto auflösen, Aktien verkaufen, was auch immer. Er könnte auch Schulden machen, um die Riester-Rente zu bezahlen. Nur im ersten Fall ergibt sich ein Kapitalzuwachs. Dieser Fall dürfte aber heute selten sein, was man übrigens schon daran sieht, welche geringen Ergebnisse die Riester-Rente zeitigt. Viele Menschen haben einfach kein Geld für Privatvorsorge.
2. Was machen die Lebensversicherungen und die Pensionsfonds mit dem Geld? Sie - wie übrigens auch die privaten Krankenkassen - geben ganz selbstverständlich einen Teil für die laufenden Auszahlungen aus. Innerhalb ihrer Konzerne praktizieren sie ganz selbstverständlich Elemente des Umlageverfahrens. Gesamtwirtschaftlich betrachtet hat die Umstellung des Finanzierungssystems vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren auch deshalb keine begründete Auswirkung. Selbst wenn die Versicherungskonzerne Kapital ansammeln und investieren, ist das volkswirtschaftlich betrachtet vermutlich kein zusätzliches Kapital, sondern es wurde, wie zuvor beschrieben, anderswo abgezogen.

Wichtig ist auch hier die volkswirtschaftliche Betrachtung: Die von der Umstellung erwartete Vorsorge für die Zukunft und die damit verbundene Entlastung der jungen Generation treten nur dann ein, wenn die Sparquote unserer Volkswirtschaft und jedes Bürgers auf diese Weise erhöht wird, so dass jetzt Investitionen im voraus gemacht werden, von denen man später zehren kann. Oder wenn Vermögen im Ausland aufgebaut wird, auf das man dann zurückgreifen kann, wenn die angeblich zu vielen Alten versorgt werden müssen.

Betrachtet man die einschlägigen gesamtwirtschaftlichen Werte, so erkennt man, dass nahezu alle Erwägungen zur Umstellung vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren falsch sind:

- Wir haben keine Sparprobleme. Deutschland hat eine hohe Sparquote von über 10 Prozent des verfügbaren Einkommens, das heißt, wir alle zusammen sorgen ganz schön vor für künftige Generationen.
- Wir bauen sogar Vermögen gegenüber dem Ausland auf - von 1960 bis 2002 um 231 Milliarden Euro. Großbritannien hat im gleichen Zeitraum seine Vermögensposition um 331 Milliarden abgebaut, die USA um 2.963 Milliarden.
- Wir bauen Infrastruktur für die jetzige und die künftigen Generationen. Allerdings haben wir in diesem Bereich, vor allem bei den öffentlichen Investitionen, in letzter Zeit nachgelassen - sinnigerweise ausgerechnet deshalb, weil gespart werden sollte, um der jungen Generation keine allzu große Schuldenlast zu hinterlassen. Aber dieser Sparversuch ist nach hinten losgegangen.

Exkursion: Die Rente ist sicher.

*Es war einmal in Peking... und fast wie im Märchen. Die chinesischen Kommunisten hatten mich (Norbert Blüm) zur Rentenberatung eingeladen. Also erschien ich vor einem erlauchten Kreis von wissbegierigen Rentenexperten des Ministeriums, das die neue Alterssicherung in China aufbauen sollte. Es war alles vertreten, was Rang und Namen im Ministerium hatte. Vor mir hatte der Vertreter der Weltbank seinen Auftritt. Er warb eindrucksvoll, glanzvoll und wortreich mit einer Serie von buntbemalten Folien dafür, das neu zu schaffende Rentensystem mit Privatversicherung auf Kapitaldeckungsverfahren aufzubauen. Dann kam ich. Ohne Folien, Assistenten und sonstige Experten. Und statt einer kunstvollen rhetorischen Eröffnungsfigur hatte ich nur eine einfache Frage: „Wie hoch muss der Kapitalstock sein, um das Alter einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen abzusichern?“ Ich habe eine lange Frage nach der Pause gelassen, um den Damen und Herren der Weltbank Zeit zur Antwort zu lassen. **Die Pause dauert noch immer an.** Woher*

sollen eigentlich die gigantischen Kapitalmassen kommen, wenn die Kapitaldeckung an die Stelle des Umlagesystems tritt? In Deutschland wäre die Summe des notwendigen Kapitals größer als das in Deutschland investierte Vermögen. Das liefe auf eine Sozialversicherung besonderer Art hinaus: Die deutsche Wirtschaft in der Hand der Versicherungen. „Die Rente ist sicher!?“ Ja, jedenfalls vertrauenswürdiger und verlässlicher als jede börsenorientierte Alterssicherung.

Quelle: Norbert Blüm: Gerechtigkeit

X. Generationengerechtigkeit.

„Die zweite Säule der Altersvorsorge ist im Aufbau. Und damit ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen gewahrt.“ Gerhard Schröder, 08.11.2002

Es ist Augenwischerei, zu behaupten, die arbeitende Generation würde durch die private Altersvorsorge entlastet. Entlastungsmöglichkeiten gibt es vielmehr:

1. indem man künftig von den 4 bis 7 Millionen Arbeitsfähigen, die heute ohne Arbeit oder geringfügig beschäftigt sind, in sozialversicherungspflichtige Arbeit bringt.
2. indem man die Ansprüche der Rentner, also das, was für sie vom Sozialprodukt abgezweigt wird, geringer als vorgesehen wachsen lässt. Aber darüber kann man in Ruhe entscheiden, wenn sich dies als notwendig erweist. Die Hyperaktivität, mit der heute für das Jahr 2020 oder gar für das Jahr 2050 „vorgesehen“ wird, ist rational nicht zu erklären. Sie ist vermutlich nichts weiter als Werbung für die Versicherungswirtschaft.
3. indem man alles tut, um die volkswirtschaftliche Produktivität zu steigern. Wenn so die Gesamtleistung der Arbeitenden - das Sozialprodukt - kräftig steigt, tut es ihnen nicht weh, einen fairen Teil davon für die wachsende Zahl der Rentner abzuzweigen. Es bleibt dann immer noch ein Wohlstandzuwachs für die Arbeitenden.

XI. Welches Modell arbeitet produktiver?

Bei einem gesamtwirtschaftlichen und realen Vergleich der beiden Modelle müssen wir fragen: Welches Modell arbeitet produktiver? Die Verwaltungskosten des Umlageverfahrens liegen bei etwa 4 Prozent des umgesetzten Betrages an Beiträgen und Zuschüssen einerseits und der ausgezahlten Renten andererseits. Die Verwaltungskosten der privaten Lebensversicherungen liegen - wie im Falle der Riester-Rente - bei etwa 10 Prozent. Real betrachtet: Auf der einen Seite zählen die Angestellten der Bundesversicherungsanstalt und der Landesversicherungsanstalten, ihre Gebäude und sonstiger Sachaufwand, auf der anderen Seite die Vorstände und Angestellten der Versicherungskonzerne, ihr Sachaufwand und ihre unzähligen Agenturen und Vertretungen und die vielen Menschen und Anlagen, die für die Werbung und das Marketing arbeiten. Ganzseitige Anzeigen der Landesversicherungsanstalten gibt es bisher nicht oder nur sehr selten. Ebenso wenig gibt es Erfolgsprämien für abgeschlossene Versicherungsverträge.

Der Anteil von 10 Prozent Verwaltungskosten liegt zwar schon 2,5 mal höher als die Kosten des Umlageverfahrens, ist aber vermutlich immer noch zu niedrig geschätzt. Das Kapitaldeckungsverfahren wird uns riesige Summen kosten. Im Falle Chiles lagen 1998 die Kommissionen, die dort auf eingezahlte Gelder zur privaten Vorsorge erhoben werden, bei 18 Prozent.

Die Kosten für Betrieb und Vertrieb des Kapitaldeckungsverfahrens - real ausgedrückt: für die vielen Menschen und Apparate, die für die Verwaltung und den Vertrieb arbeiten - müssen vom eingezahlten Kapital abgezogen werden. Ganz entgegen den Vorstellungen der Neoliberalen hat der Wettbewerb in Chile eine unproduktive Bürokratie erzeugt. In Großbritannien sind die Verwaltungskosten des privaten Vorsorgesystems sogar noch höher als in Chile; bis zu 40 Prozent der eingezahlten Gelder gehen dort für Verwaltung und Vertrieb drauf. Wenn erst einmal 18 oder 40 Prozent weg sind, muss die Rendite schon sehr hoch sein, um diesen Kostenaufwand wieder auszugleichen.

Umlageverfahren	1,6 %
Riester-Rente ... mindestens	10,0 %
Chilenische Privatvorsorge	18,0 %
Privatvorsorge in Großbritannien	40,0 %

Tabelle: Betriebskosten der Altersvorsorgesysteme, Quelle: Das kritische Jahrbuch 2007

Mit der Riester-Rente wurde hier eine psychologisch wichtige Hürde hin zur verstärkten Eigenvorsorge jeder Generation durch Kapitaldeckung genommen. (...) Aber die Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Vorsorge muss weiter vorangetrieben werden.

Quelle: Deutschland 2020. Ein Memorandum der jungen Abgeordneten.

In Deutschland stammen nur 15 Prozent der Alterseinkommen aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. In anderen Ländern dagegen ist es oft die Hälfte. Hier muss die staatliche Förderung dieser Formen der Altersvorsorge wesentlich verbessert werden.

Quelle: CDU - Reform der sozialen Sicherungssysteme, 16.10.2003

Die Privatvorsorge, die in Deutschland mit der Behauptung propagiert worden ist, sie rentiere sich um vieles mehr als die gesetzliche Rente, wurde zu einer Förderrente umgemodelt. Wieso aber braucht eine angeblich so rentable Privatvorsorge, die über 10 Prozent Rendite bringen soll, die Unterstützung des Steuerzahlers? Und das in Zeiten, in denen lautstark der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen verlangt wird? Die 13 Milliarden, mit denen der Staat die Riester-Rente subventioniert, wären bei der Rentenversicherung besser und gerechter aufgehoben. Denn diese Subvention kommt nur denen zugute, die sich die Zusatzversicherung leisten können. Bezahlt wird die staatliche Förderung aber von allen Steuerzahlern, also auch von denen die sich keine Riester-Rente leisten können. Der Rentenanspruch der Verkäuferin sinkt, weil ihr Verkaufschef einen Riester-Renten-Vertrag abschließt. Die Schwächeren zahlen die Rechnung für Leistungen, die die Stärkeren erhalten. Diese umgekehrte Solidarität ist eine Premiere in der deutschen Sozialpolitik. Damit nicht genug, braucht die private Altersvorsorge nach Meinung mancher ihrer Verfechter nun auch noch den Anschlusszwang, die Verpflichtung! Im Klartext: Privatvorsorge als Zwangsversicherung, Rendite per Gesetz. Das ist eine feine Marktwirtschaft. Man privatisiert die Altersvorsorge und verhängt dann einen Zwang?! Das wäre das Non plus Ultra für die Finanzindustrie: Ihre Vertriebsarbeit würde nicht nur hoch subventioniert, sie müssten sich nicht einmal mehr um Kunden kümmern. Famos.

„Die Bürger sollten lediglich verpflichtet werden, sich privat zu versichern - Versicherungspflicht statt Zwangskassen.“ Guido Westerwelle, 13.11.2003

Zu einem ehrlichen Vergleich der beiden Systeme gehören noch einige andere Fakten:

- Die Behauptung, private Altersvorsorge erbrächte hohe Renditen, weil ja angeblich Kapital arbeitet, stammt aus der Zeit der Spekulationsblasen auf den Aktienmärkten. Damals wurden 10,5 und sogar 11,5 Prozent Rendite versprochen. Inzwischen sind die Blasen geplatzt. Die Zeit schrieb schon im Oktober 2003: „Mehr als 100 Milliarden Euro haben die Versicherer in den vergangenen drei Jahren an der Börse verbrannt.“ Experten gehen davon aus, dass die Renditen bis auf die Mindestverzinsung absinken könnten, wenn die Branchenschwäche anhält. Diese Mindestverzinsung (Garantiezins) ist von 4 Prozent im Jahr 2000 auf 2,75 Prozent ab 2004 abgesenkt worden.
- Zumindest ein Versicherungskonzern in Deutschland ist schon in die Knie gegangen. Die Mannheimer Lebensversicherung hat 2003 das Neugeschäft eingestellt und wurde zum ersten Fall für die Branchen-Auffanggesellschaft Protektor. Jüngst hat die Göttinger Versicherungsgruppe Insolvenz angemeldet mit verheerenden Folgen für hunderttausende Versicherte, deren Altersvorsorge (insgesamt etwa eine Milliarden Euro) den Bach runtergegangen ist. Kein Hahn kräht danach. Der Katastrophenalarm der üblicherweise in Sachen gesetzliche Rente angeschlagen wird, bleibt bei solchen Meldungen aus der Privatwirtschaft aus, vielleicht auch um die schreckhaften Anzeigenkunden nicht zu vergraulen.
- Speziell für die Versicherungswirtschaft wurde zur Erleichterung ihrer Verluste eine steuerliche Verrechnungsmöglichkeit geschaffen, von der sie sich einen Steuernachlass von 5 Milliarden Euro verspricht.
- Freilich hat die kapitalgedeckte Privatversicherung gegenüber der umlagefinanzierten Rentenversicherung einen Vorteil. Ihr Quellgebiet ist größer. Sie ist nicht auf nationale Wertschöpfung angewiesen, sondern kann weltweit anlegen, aber nur mit Aussicht auf Rendite in Ländern die eine gegenteilige Bevölkerungsentwicklung haben. Die Idee, dass die Dritte Welt mit unserem Kapital die Zinsen erwirtschaftet, um unsere Alten zu finanzieren, ist ziemlich verwegen. Die weltweite Möglichkeit anzulegen ist nicht nur Stärke, sondern auch wunder Punkt der Privatversicherung, da sie sich über Nacht mit den unkalkulierbaren Überraschungen der Weltwirtschaft infizieren kann.
- Das Risiko, dass die Altersversorgung der Menschen Spekulationen an den Finanzmärkten geopfert wird, ist hoch. Millionen Menschen in Südamerika und Osteuropa, in den USA und

Großbritannien haben auf diese Weise schon große Teile ihrer Altersvorsorge eingebüßt: „Gerade mit dieser privaten und betrieblichen Vorsorge haben die Briten aber in jüngster Zeit einen katastrophalen Einbruch erlebt. Drei Jahre sinkender Börsenkurse und niedriger Zinssätze haben den Wert des nicht-staatlichen Rentenvolumens drastisch gesenkt“, berichtete die Frankfurter Rundschau am 10. März 2004. In derselben Woche wurde in Berlin eine Rentenreform verabschiedet mit der klaren Zielsetzung, noch mehr Menschen in die private Vorsorge zu drängen. Das ist eine besonders schlimme Form der Realitätsverweigerung. Ein solches System kann nicht im Sinne der Bürger sein.

Das wussten die chilenischen Militärs übrigens schon im Jahre 1981: Für das Militär und die Polizei blieb es beim alten staatlichen Altersversorgungssystem. Sie mussten und wollten nicht in die so „lukrative“ Privatvorsorge, die Pinochet den Chilenen zumutete. Verantwortlich für den Umbau der Altersvorsorge in Chile war Diktator Pinochets Arbeitsminister José Pinera, der heute als Lobbyist und Propagandist der Finanzindustrie weltweit unterwegs ist. Pinera argumentiert so wie die Vertreter der Riester-Rente und der Erhöhung des Renteneintrittsalters hierzulande. Man muss konstatieren: Riester, Rürup, Miegel und Raffelhüschen u.a. stehen in der Tradition des 1980 mit Gewalt durchgesetzten Experiments in Chile; der Arbeitsminister der Pinochet-Diktatur ist der Ghostwriter und Vordenker der Rentenreformer in Deutschland. Auf das Scheitern der Privatvorsorge wies im Übrigen der damalige Präsident Chiles, Ricardo Lagos, bei seinem Besuch in Berlin hin:

„Die Hälfte der Rentner wird nicht das garantierte Mindestrentenniveau erhalten. Wir bringen gerade ein Gesetz zur Verbesserung der Einkommenssituation alter Menschen ein, weil sich das individuelle Kapitaldeckungsverfahren als unzureichend erweist. Das ist die Lehre die wir ziehen, und auch in der deutschen Reformdebatte zu bedenken wäre: Die Privatisierung der Alterssicherung bedeutet für den Staat enorme finanzielle Belastungen.“ Ricardo Lagos, Präsident von Chile, am 26.01.2005 in Berlin

Es ist das fragwürdige Verdienst unserer Führungseliten und eines unkritischen Mainstreams in Publizistik und Wissenschaft, dass diese eindringliche Warnung an unser Land unterging.

- Das Risiko von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit trifft beide Systeme in ähnlicher Weise. In Argentinien zum Beispiel sind die privaten Vorsorgen durch die Krise entwertet worden. Da grenzt es an Zynismus, wenn die Umstellung auf das Kapitaldeckungsverfahren auch mit der wirtschaftlichen Stagnation begründet wurde.
- Das unüberschaubare Angebot zur privaten Altersvorsorge verunsichert und überfordert viele Menschen. Auch das kann man am Misserfolg der Riester-Rente schon ablesen. Die Menschen werden zum Spielball von Drückerkolonnen und Anlageberatern gemacht.
- Einkommenschwache Schichten werden nicht mehr versorgt. Die private Vorsorge wirft sie aus dem System raus. Sie werden noch stärker als heute zu potentiellen Sozialhilfeempfängern.
- Die propagierte Änderung des Finanzierungssystems ändert nichts an der speziellen Last der jungen Generation, die gern gegen das soziale Rentenversicherungssystem in Front gebracht wird. Ihretwegen hält man die Beiträge unter 20 Prozent fest, angeblich weil mehr nicht zu vermitteln sei. Gleichzeitig sollen die jungen Menschen aber zusätzlich bis zu 4 Prozent ihres Einkommens für ihr Alter privat anlegen. Offenbar spekuliert man darauf, die Jüngeren seien unfähig, 20 und 4 zusammenzuzählen. Diese Spekulation könnte aufgehen. Denn jene Jüngeren, die gegenwärtig zusätzlich zur gesetzlichen Altersvorsorge so eifrig Lebensversicherungen abschließen, haben möglicherweise nicht verstanden, dass sie dadurch nicht aus der Verpflichtung des Generationenvertrags entlassen werden: Sie werden weiterhin Beiträge oder Steuern für die Versorgung der Rentnergeneration zu zahlen haben.

Solche Fakten kommen in der öffentlichen Debatte nicht vor, denn sie passen nicht ins sorgfältig aufgebaute Bild des „Allheilmittels“ Privatvorsorge. Angesprochen auf die massiven Probleme und die dramatische Altersarmut in Ländern mit privater Alterssicherung, enthüllte Deutsche Bank Vorstandsmitglied Thomas Fischer (stellvertretend für die Finanzindustrie) das Notfallprogramm, falls die börsenorientierte Altersvorsorge durch den Kamin rauscht:

„Dann können wir immer noch zum Umlagesystem zurückkehren.“

Ein feiner Plan, aber dann können wir auch gleich beim Umlageverfahren bleiben. Interessant ist diese Aussage aber allemal, denn obwohl das Umlageverfahren in der Öffentlichkeit schlechtgemacht wird, gilt es vertraulich als Alternative für den Fall, dass die Kapitaldeckung schief geht. Im Beichtstuhl würde dies unter der Rubrik „Sünde der Heuchelei“ abgehandelt. Die Hasardeure der Finanzindustrie kennen die Risiken genau und setzen insgeheim darauf, dass der Staat den Schaden begrenzen wird.

XII. Das Umlageverfahren ist besser als sein Ruf.

Wenn es das Umlageverfahren nicht schon gäbe, müsste man es erfinden. Es ist preiswert, es arbeitet einfach, es ist den meisten Menschen zugänglich und für sie verstehbar. Es wäre das Beste für unser Land und für die Mehrheit der Menschen, wenn wir zu diesem Verfahren zurückkehren würden. Das wäre auch gut für unsere Volkswirtschaft, weil wir ihr eine unnötige Belastung ersparen - einen aufgeblasenen, ressourcenverzehrenden Sektor Altersversorgung. In anderen Ländern wie den USA oder Großbritannien trägt dieser Sektor übrigens mit dazu bei, den Dienstleistungssektor aufzublasen. Genau diese Vergrößerung des Dienstleistungsbereiches wollen uns die besonders Schlaunen unter den Reformern als modern verkaufen. Doch was sie nicht begriffen haben ist, wie unproduktiv ein aufgeblasener Wirtschaftszweig ist.

Die Finanzindustrie will den Durchbruch für ihre Produkte erzielen, indem sie das Vertrauen in die gesetzliche Rente untergräbt. Millionen Menschen brauchen diese Rente aber noch, sie brauchen auch die Bereitschaft der Beitragszahler, weiterhin ihren Obolus zu entrichten. In diesem Kontext darf ein verantwortlicher Politiker nichts tun und sagen, was das Vertrauen weiter zerstört. Es gibt keinen Grund, keine ökonomische oder ordnungspolitische Notwendigkeit, das Umlageverfahren und die gesetzliche Rentenversicherung der Erosion preiszugeben, wie das zurzeit geschieht.

Exkursion: Die Ver(un)sicherungskampagne der BILD.

In Deutschland hat sich ein Organ aufs Madigmachen der gesetzlichen Rentenversicherung und auf das Aufeinanderhetzen der Generationen spezialisiert: die ehemalige Zeitung des kleinen Mannes und heutiges Sprachrohr des großen Geldes - die BILD-Zeitung. Diese Kampagne war aber nicht nur eine Verunsicherungskampagne, sondern auch eine Versicherungskampagne, die mit der Allianz AG vorbereitet und abgestimmt wurde. Dabei wurden redaktioneller Inhalt und Werbung gekonnt miteinander verbunden, um die so genannte „VolksRente“ an den Mann und an die Frau zu bringen.

In einer Vertreterinformation der Allianz Lebensversicherung AG vom August 2005 wurde den Vertretern die redaktionelle Zuarbeit der BILD-Zeitung angekündigt. Unter der Überschrift „Presse“ ist dort auf Seite 7 zu lesen:

VolksRente Aktion: Presse

Klar wer mit Bild.T-Online kooperiert, der ist auch in der BILD-Zeitung vertreten. Und zwar nicht nur als Anzeige, sondern so, wie es sich für eine Kooperation gehört: rundum. Die Informationen zur VolksRente werden in zwei Formen aufbereitet - als Anzeige und als redaktionelle Artikel...

Das ist ein klarer Bruch des journalistischen Ethos. Jeder Journalist lernt in seiner Ausbildung, dass man redaktionelle Arbeit und Werbung strikt trennen sollte. Diese Regel wird häufig gebrochen, die Grenzen werden oft verwischt; dass dies aber noch freimütig veröffentlicht wird, ist bemerkenswert. Nachfolgend werfen wir einen Blick auf die Jahre 2006 und 2007 und auch nur auszugsweise, da hier der Platz fehlt um alle Artikel die zu diesem Thema in BILD erschienen sind vollständig aufzuführen.



Quelle: BILD-Zeitung vom 31.01.2006

SCHRUMPFRENTE: Unter dem Kampagnenmotto „Schrumpffrente“ versetzt BILD seine Leser über mehrere Tage in Angst und Schrecken, um sie in die Fänge der Versicherungswirtschaft zu treiben und sie aus Furcht vor drohender Altersarmut zum Abschluss der „VolksRente“ (Riester-Rente der Allianz) zu bewegen. „So wenig ist die Schrumpffrente künftig nur noch wert“ titelte BILD am 17.01.06 und druckte auf Seite 1 eine Tabelle ab mit „Schockprognosen“ im Vergleich zwischen heute und 2035. Eine heutige Durchschnittsrente von rund 800 Euro hätte demnach in 30 Jahren nur noch eine Kaufkraft von 454 Euro und läge damit nur weniger Euro über dem heutigen ALG2 Satz. Einen Tag später lautete die große Balkenüberschrift „Wovon sollen wir im Alter leben“. In typischer BILD-Manier kommen dann mit Foto Menschen aus dem Leben zu Wort, die sich bitter beklagen, betrogen fühlen und ihr Heil nur noch in der Privatvorsorge sehen.

Am 19.01.06 kommt BILD dann endlich zur Sache und stellt die Frage, auf die die ganze Kampagne herausläuft „Wie viel kostet mich eine Zusatz-Rente?“. Über 12 Millionen BILD-Leser sollen also mit dieser Panikmache („JEDER Beitragszahler ist betroffen“), als letztem Ausweg vor Altersarmut in die private Altersvorsorge, nämlich in Lebensversicherungen, in Investmentfonds oder in Bank-Sparpläne getrieben werden.

Als Quelle für diese Horrordarstellung wird das „Deutsche Institut für Altersvorsorge“ (DIA) genannt. Verschwiegen wird, dass dahinter kein neutrales wissenschaftliches Institut, sondern eine von der Deutschen Bank und Investmenttöchtern der Bank getragener „Think-Tank“ steht, der kaum je eine Aussage über die Rentenfinanzierung getroffen hat, die nicht im Interesse der Banker ist. Natürlich treffen wir in den Beiträgen auch auf den „angesehenen“ (BILD) wissenschaftlichen Versicherungsvertreter Professor Bernd Raffelhüschen. Und natürlich kommt auch das Aushängeschild der neoliberalen außerparlamentarischen Opposition unter dem Namen „BürgerKonvent“, Meinhard Miegel, der den Sozialstaat insgesamt als Irrtum der Geschichte geißelt, zu Wort. Bernd Katzenstein vom DIA rät „nach Möglichkeit mindestens 5 Prozent vom Bruttoeinkommen zusätzlich zur Rentenversicherung in die Privatvorsorge zu stecken“. Auf die Idee dass man diese 5 Prozent (paritätisch) finanziert auch in die gesetzliche Rentenversicherung stecken könnte, kommt er natürlich erst gar nicht. Es hat bislang niemand in der Politik oder in der Regierung dieser Panikmache energisch widersprochen. Sozialminister Franz Müntefering hat, ohne auf die BILD-Kampagne einzugehen, reagiert und wohl zur Beruhigung der Rentner angekündigt, dass es entgegen dem in der Koalitionsvereinbarung ins Gespräch gebrachten „Nachholfaktor“ bis 2010 - gesetzlich garantiert - keine Rentenkürzungen geben solle - gleichzeitig kündigte er aber für 2006 eine weitere Nullrunde an. Norbert Blüm forderte die BILD-Zeitung zu einem öffentlichen Disput über die Rente und die Kampagne von BILD auf. Diesen Disput hat es bis heute nicht gegeben, dafür einen interessanten Briefwechsel im Mai 2006 zwischen dem ehemaligen Bundesarbeitsminister und BILD Chefredakteur Kai Diekmann, der von Norbert Blüm veröffentlicht wurde:

1. Brief von Dr. Norbert Blüm an Kai Diekmann:

Lieber Herr Diekmann,

vor Wochen habe ich Sie zu einem öffentlichen Disput über „BILD und die Rente“ aufgefordert. Dass ich auf eine Antwort von einem so wichtigen Mann, wie Sie es sind, Herr Diekmann, so lange warten musste, dafür habe ich Verständnis. Vom Papst zu Bush eilend, zwischendurch auch noch dafür zu sorgen, dass Sex und Porno in BILD ausreichend untergebracht werden und nebenbei noch älteren Staatsmännern auf dem Schoß sitzen, ist selbst für einen so talentierten Chefredakteur, wie Sie es sind, viel Arbeit.

Hinzu kommt noch der Zeitaufwand für eine Rentenkampagne, wie BILD sie losgetreten hat. Das ist schließlich kein Pappenstiel. Manipulation von Statistiken und Diffamierungen sind nicht mit leichter Hand zu machen. Einfache Interviews werden dann von BILD als „Verhör“ angeboten, um in der Staffage der Kriminalisierung von Verteidigern des Rentensystems auch nichts auszulassen. Das alles und noch mehr muss schließlich strategisch geplant und organisiert werden. Auch die Wissenschaftler, die Sie zu Zeugen aufrufen, sind nicht nur viel Geld wert, sondern müssen auch noch betreut werden. Ihr statistisches Material wird von einem Institut geliefert, das der Deutschen Bank nahe steht. Es strotzt aus allen BILD-Zeilen ein willfähriger Lobbyismus.

Die Strafanzeige gegen die sog. „Rentenlüge“ war zwar eine Farce, aber sie hat auch Zeit gekostet. Und auf die angedrohte Sammelklage warte ich heute noch. Macht nichts. Mit Klamauk kann man auch Blamagen überspielen. Und dass Sie von der Staatsanwaltschaft eine klassische Abfuhr erleiden mussten, war eben eine saftige Blamage; zumal BILD doch so viel teuren „Sachverstand“ zur Begründung der Klage investiert hatte. Die Niederlage zu einem Sieg umzufunktionieren, ist ein alter Trick von Leuten, die nicht zugeben können, dass sie verloren haben. Die „hammerharte Kritik“ des Staatsanwalts an der Rentenpolitik habe ich im Ablehnungsbescheid nicht gelesen. Vielleicht hat Sie der Hammer der Abweisung so hart getroffen, dass bei Ihnen offenbar einiges durcheinander geraten ist. Das kann schon passieren.

Der Höhepunkt Ihrer Panikmache war allerdings ein Modell, mit dem Sie die „Schrumpffrente“ ausrechneten. 30 Jahre sollen demnach die Preise Jahr für Jahr um 2 Prozent steigen, während die Löhne in der gleichen Zeit nur um 1 Prozent erhöht werden. Wenn dies geschähe, lieber Herr Diekmann, dann wäre nicht nur die Rentenversicherung gefährdet, sondern die BILD-Zeitung wahrscheinlich bankrott. Einen solchen Absturz des Lebensstandards würde sogar noch nicht einmal die Privatversicherung, für die Sie Propaganda machen, überleben. Ihr gingen die Beitragszahler aus. Von den geschrumpften Reallöhnen könnte dann auch kein

Geld für Privatvorsorge abgezweigt werden, zumal die Privatversicherung bekanntlich inflationsanfälliger ist als die Rentenversicherung. Im blinden Eifer rechnen Sie sich um Kopf und Kragen. Bei Ihrer wenige Tage später folgenden Anzeige: „So sparen Sie für Ihre Zusatzrente“ lassen Sie die Geldentwertung für die Privatversicherung einfach weg. „Augen zu“. So spielen kleine Kinder Blindenkuh. Hauptsache, die BILD-Rechnung stimmt. Scheinbar existieren gesetzliche und private Renten in der Welt der BILD-Zeitung auf verschiedenen Sternen, zumindest in unterschiedlichen Volkswirtschaften. Die Manipulation ist zu plump, um nicht aufzufallen.

Meine Aufforderung zu einem öffentlichen Disput verschieben Sie auf die Zeit, in der Sie 67 oder 70 oder 75 Jahre alt sind; („das dann gültige Eintrittsalter“). Als Begründung geben Sie an: „Weil ich derzeit Dank Ihres Wirkens noch viel für meine private Altersversicherung arbeiten muss“. Darf ich Sie fragen, wie hoch die Lücke ist, die durch mein Wirken in Ihrer Rentenanwartschaft geschlagen wurde und wie groß das Zubrot ist, mit dem Sie durch Ihre Arbeit für BILD diesen Verlust kompensieren müssen?

Im Übrigen habe ich doch immer bei BILD gelesen, ich hätte zu wenig reformiert und zu wenig gespart. Jetzt habe ich offenbar in Ihrem Fall zu viel eingegriffen und gespart. Zu viel oder zu wenig? Beides zu behaupten, lässt auf Verwirrung schließen. Lassen Sie, Herr Diekmann, die albernen Mätzchen beiseite. Sie haben die Hosen gestrichen voll, dass in dem von mir vorgeschlagenen Disput die Machenschaften der BILD-Zeitung offenbart werden. Das ist der Grund für Ihre Absage. Schon der Monitor-Redaktion sind Sie davongelaufen, als diese Ihnen unbequeme Fragen stellen wollte. Sie sind ein Feigling!

Der langen Rede kurzer Sinn: Die BILD-Renten-Diskussion hat nur einen Zweck: Die Rentenversicherung soll madig gemacht werden, damit das Geld in den Kassen der Privatversicherung klingelt. Das ist gut für das Geschäft der Allianz, mit der Sie in der Aktion „VolksRente“ zusammen in einem Bett liegen. Die BILD-Zeitung entwickelt sich leider zur Zeitung des „Großen Geldes“, auch wenn Sie sich scheinheilig das Aussehen gibt, Sprachrohr des „Kleinen Mannes“ zu sein. Die Kluft zwischen Schein und Sein hält jedoch auf Dauer niemand aus. Das ist Ihr Problem, Herr Diekmann.

Wie immer mit besonders freundlichen Grüßen
Ihr Norbert Blüm.

2. Brief von Kai Diekmann an Dr. Norbert Blüm:

Sehr geehrter Herr Dr. Blüm,

vielen Dank für Ihren Brief. Er zeigt in seiner wortreichen Zappeligkeit, mit seinen tausend Unterstellungen, Mutmaßungen und Pöbeleien, wie sehr Sie Grund haben, die Diskussion um Ihr trostloses politisches Lebenswerk zu fürchten. Ansonsten will ich es kurz halten: Im Kern geht es allein um eine Frage: Ist die Rente, wie Sie einst behaupteten, sicher, und war diese Aussage 1986 für Sie als Lüge erkennbar?

Dass die Rente einen auskömmlichen Lebensabend nicht mehr sichert, ist unumstritten. Andernfalls wären die jüngsten Äußerungen von Herrn Müntefering ebenso unverständlich wie die Einführung der Riester-Rente oder des demographischen Faktors. Auch das HWWA geht davon aus, dass spätestens 2030 die Rente unterhalb von 40 Prozent des Durchschnittsgehaltes und damit in vielen Fällen unterhalb des Existenzminimums liegen wird. Ohne kreditfinanzierte Staatszuschüsse in Milliardenhöhe, also ohne skandalöse Verlagerung der Kosten auf kommende Generationen, wäre die Rentenkasse schon heute pleite. Und dennoch sollen die Rentenbeiträge weiterhin steigen.

Dies alles war bereits zur Zeit Ihrer Aussage klar erkennbar. Leute wie Professor Miegel, aber auch viele andere Experten haben eindringlich vor der demographischen Entwicklung und den Folgen für die Rentenversicherung gewarnt. Auch viele Zeitungen haben Sie schon damals für Ihre Aussage scharf kritisiert. Damit aber beantwortet sich auch der zweite Teil der hier im Raum stehenden Frage, ob Sie bewusst gelogen haben.

Mit freundlichen Grüßen
Kai Diekmann.

3. Brief von Dr. Norbert Blüm an Kai Diekmann:

Sehr geehrter Herr Diekmann,

vielen Dank für Ihren Brief 18.05.2006, den ich gestern erhalten habe. Er ist ein wertvolles Dokument argumentativer Verlegenheit.

Zum schweren Vorwurf der Manipulation kommt von Ihnen kein Wort, in der BILD die Entwicklung der gesetzlichen Rente mit der privaten Rente in den nächsten 30 Jahren verglichen und dabei für die gesetzliche eine Preissteigerung von jährlich 2 Prozent, für die private aber im gleichen Zeitraum überhaupt keine Preissteigerung in Rechnung gestellt hat. Ihr wortreicher Brief ist eine misslungene Ablenkung von der Peinlichkeit versuchter Volksverdummung durch BILD.

Ich rate Ihnen, mit dem Begriff „Rentenlüge“ sparsam umzugehen. Sie geraten in Gefahr, Ihrer ersten juristischen Blamage eine zweite hinzuzufügen.

In Erwartung weiterer so aufschlussreicher Briefe, um die ich Sie höflich bitte, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Norbert Blüm

4. Brief von Dr. Norbert Blüm an Kai Diekmann:

Hochverehrter Herr Chefredakteur Diekmann,

erst Ihr Hinweis auf eine Äußerung von Mark Twain hat mich auf die herausragende Bedeutung Ihrer Persönlichkeit aufmerksam gemacht. Chefredakteure eigenen sich also sogar als Prüfsteine für beginnende Altersverwirrung. Mir allerdings würde in Ihrem Fall schon genügen, wenn Sie sich an die Mindestanforderungen journalistischer Redlichkeit halten könnten.

Ihrer Bitte, Ihnen zu erklären, mit welchem Recht ich 1986 die Rente als sicher bezeichnete, komme ich gerne nach und will Ihnen, hochverehrter Herr Chefredakteur, privatissime et gratis beantworten, was ich schon unzählige Male, damals wie heute, öffentlich in Aufsätzen und Reden dargestellt habe. Das beitragsbezogene Umlagesystem ist das sicherste Alterssicherungssystem. Eine börsenorientierte, kapitalgedeckte Privatversicherung kann diese Sicherheit nicht bieten. Ein Blick in Gegenwart und Vergangenheit der Privatversicherungen genügt als Beweis. Von 112.000 Pensionsfonds in den Vereinigten Staaten haben 32.000 überlebt. Das Schicksal des Pensionsfonds von Enron liefert das jüngste Anschauungsmaterial. Insgesamt verloren die Enron-Angestellten 1,2 Milliarden Dollar. Länder mit privater Kapitaldeckung als Alterssicherungssystem unterscheiden sich auffällig von unserem solidarischen Umlagesystem durch höhere Altersarmut. Das chilenische, kapitalgedeckte Privatversicherungssystem ist desaströs. Hierzulande wurde die Zuverlässigkeit der Privatversicherung in der großen Weimarer Inflation, in der Weltwirtschaftskrise und in der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt. Fünf bis zehn Lebensversicherungsunternehmen sollen in Deutschland nach der Börsentalfahrt zu Beginn des Jahrtausends vor der Insolvenz gestanden haben. Den Stresstest der Rating-Agentur Fitch Ratings und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht - bestanden 2002 nur 36 von 86 Lebensversicherungsunternehmen.

Gegenüber der Grundversorgung, wie sie Professor Miegel und Professor Biedenkopf vorschlagen, bietet das beitragsbezogene Pflichtsystem den unschätzbaren Vorteil, dass Ansprüche, die durch Beiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben werden, unter dem eigentumsähnlichen Schutz der Verfassung stehen, wie das Verfassungsgericht mehrfach bestätigt hat. Die Rentenansprüche können also nicht beliebig nach unten abgesenkt werden, weil dies einer Enteignung gleichkäme.

Was das Urteil über Ihren Experten Professor Miegel anbelangt, schließe ich mich der Bewertung von Herrn Professor Peter Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) an, der ihn für einen „ökonomischen Laien“ hält (Bofinger „Wir sind besser als wir glauben“ S. 155). Professor Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) vermutet als Motiv für die Gegnerschaft Miegels gegen das Umlagesystem: „... deshalb ist er auch so gegen dieses System eingestellt, da er als Lobbyist von der Deutschen Bank bezahlt wird. So offen wird das natürlich nicht zum Ausdruck gebracht, und deshalb fungiert Herr Miegel vornehmlich als „Wissenschaftlicher Berater“ des Deutschen Instituts für Altersversorgung. Das klingt nach unabhängiger Wissenschaft, doch das Institut wird direkt und indirekt voll von der Deutschen Bank finanziert. Wie heißt es in seinem Buch so schön: „Täuschung und Betrug oder zumindest Irreführung sind das Salz in der herrschaftlichen Suppe“ (Bofinger „ebda“ S. 156). Die von Ihnen immer wieder zitierten Experten Professor Biedenkopf und Professor Miegel haben im Übrigen bis heute keine detailliert belegbare Rechnung für ihren Systemvorschlag und die damit verbundenen Transformationskosten vorgelegt:

Herr Professor Miegel nicht in der Rentenkommission der Bundesregierung und Herr Professor Biedenkopf nicht in der Rentenkommission der CDU, die 1996/97 tagten. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe beide Kommissionen geleitet und beide Herren erfolglos

gebeten, die Modellrechnungen für ihre Vorschläge vorzulegen. Die große Rentenreform 1989 war das Ergebnis eines Konsenses von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Rentenversicherungsträgern, Sozialbeirat, FDP, SPD, CDU/CSU, und niemand hat damals die Politik, die ich vertrete, als „Renten-Lüge“ bezeichnet.

Für die Fehler der Rentenpolitik nach 1998 kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Diese Politik hat zweifellos der Rentensicherheit geschadet.

1. Für die gesetzliche Rentenversicherung notwendige Beiträge wurden ihr vorenthalten, Beitragsströme zur Privatversicherung umgeleitet, was die Gesamtbelastung der Versicherten erheblich erhöhte.
2. Beiträge der Arbeitslosenversicherung zur Rentenversicherung wurden abgesenkt. Die Umwandlung von Lohnbestandteilen für betriebliche Altersversorgung entzieht der Rentenversicherung beitragspflichtiges Einkommen. Alles und noch mehr Verluste der Rentenversicherung.
3. Die staatliche Unterstützung der Privatversicherung - in diesem Jahr in Höhe von 870 Millionen Euro, ab 2009 3,2 Milliarden Euro jährlich - kommt denen zugute, die eine Riester-Rente abschließen können, und ein Teil von diesen hätten eine Privatversicherung auch ohne staatliche Förderung abgeschlossen, so dass es sich um einen Mitnahmeeffekt handelt.
4. Die 13 Milliarden Euro, die die Förderung der Riester-Rente den Staat kostet, spart er bei der Rentenversicherung durch die Absenkung des Bundeszuschusses, welche durch die Riester-Rente ausgelöst wird. Mit anderen Worten: Auf dem Buckel der Rentenversicherung wird die Privatversicherung gefördert.
5. Da der freiwillige Beitrag zur Riester-Rente in die Nettolohnentwicklung eingerechnet wird, sinkt der Rentenanspruch, also auch der Anspruch derjenigen, die gar keine Riester-Rente abschließen können. Die Schwachen zahlen eine Rechnung für Leistungen, die die Starken erhalten. Der Rentenanspruch der Verkäuferin sinkt, weil der Verkaufschef eine Riester-Rente abschließt.
6. Da der Riester-Beitrag freiwillig ist, kommt es bei der Einbeziehung des Beitrags in die Rentenformel nicht auf den tatsächlich gezahlten Beitrag an, sondern auf den gesetzlich fixierten. Es kann also auch 6 Prozent ins Gesetz geschrieben werden, und schon haben wir ein neues Rentenniveau, ohne dass sich an der faktischen Beitragsabführung etwas geändert haben muss.
7. Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung wurde auf ein Fünftel der Monatsausgabe gesenkt, so dass es immer wieder unterjährig zu Liquiditätsengpässen kommt und die BILD-Zeitung jeweils „Systemzusammenbruch“ verkündet. Es handelt sich aber nicht um einen Systemdefekt, sondern um einen Anwendungsfehler. Wenn das Thermostat zu niedrig eingestellt ist - die Schwankungsreserve zu knapp bemessen ist -, darf man nicht der Heizung die Schuld geben.

So wird das Vertrauen in die Rentenversicherung ramponiert. Verantwortlich dafür ist aber nicht das Renten-System, sondern die stümperhafte Rentenpolitik.

Das System, da bin ich mit vielen Sachverständigen einer Meinung, der beitragsbezogenen Umlage bietet die größte Systemsicherheit und den besten sozialen Ausgleich. Es schützt auch diejenigen, die wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit keine Beiträge zahlen können, was in der Privatversicherung eklatanterweise nicht der Fall ist. Diese meine Meinung wird von den Sachverständigen des Sozialbeirates geteilt. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Arbeiten von Professor Schmähl, langjähriger Vorsitzender des Sozialbeirates, und die einschlägigen Hinweise von Herrn Professor Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates). Weitere Experten-Adressen kann ich Ihnen bei Bedarf liefern.

Sehr verehrter Herr Chefredakteur, Sie sollten - wie Sie sehen - etwas vorsichtiger mit der Behauptung umgehen, alle Experten seien anderer Meinung als ich. Nicht jeder, der Ihre Ansicht nicht teilt, ist schon deshalb kein Experte.

In einem viel beachteten Referat vor „Netzwerk Recherche“ jüngst in Hamburg hat der angesehene Schweizer Journalist Peter Meyer über den Verfall von Sitte und Handwerk des Journalismus geklagt. BILD war dabei ein besonderes Beweisstück. „Im April habe ich dort die folgende Titelzeile gelesen: ‚BILD-Verhör mit dem früheren Arbeitsminister‘. Sie haben richtig gehört: ‚BILD-Verhör‘ - BILD verhörte Norbert Blüm. Die Zeitung als Staatsanwaltschaft. Solch mediale Anmaßung ist mir noch nicht vorgekommen. Hybris ist das. Bei der Auflage-

macht von BILD gefährliche Hybris.“ „Mediale Anmaßung“, „Hybris“, solche Vorwürfe schüttet man sich, wie ich hoffe, leicht aus den Kleidern.

Sie sehen, sehr verehrter Herr Chefredakteur, man kommt Ihnen langsam auf die Schliche.

Die kapitalgedeckte Privatversicherung kann eine wertvolle Ergänzung des beitragsfinanzierten Umlagesystems sein. Ersetzen kann sie die Rentenversicherung nicht. Ich war und bin weiterhin Anhänger eines Drei-Säulen-Systems: 1. Rentenversicherung, 2. Betriebliche Alterssicherung, 3. Private Vorsorge.

Ich hoffe, Ihrem Informationsbedürfnis gedient zu haben und wiederhole meine Informationsbitte: „Wie erklären Sie, hochverehrter Herr Chefredakteur Diekmann, dass BILD für 30-jährige Vorausberechnung der Entwicklung der gesetzlichen Rentenentwicklung eine jährliche Preissteigerungsrate von 2 Prozent in Rechnung stellt, während sie die Preissteigerungsrate für die private Alterssicherung mit Null ansetzen?“ Wenn Sie, sehr verehrter Herr Chefredakteur Diekmann, dazu nicht in der Lage sein sollten, dann bitte ich alternativ um Vorschläge, wie ich Sie zukünftig bezeichnen soll: „Renten-Lügner“, „Leser-Betrüger“, „Volksverdummer“, „Manipulateur“? Das ist doch so ungefähr das Niveau, auf dem Sie, sehr verehrter Herr Chefredakteur, arbeiten. Oder fällt Ihnen eine andere Bezeichnung ein, die besser beschreibt, was Sie in der BILD-Zeitung treiben?

Sie werden verstehen, dass ich das Vergnügen, Ihre Briefe zu lesen, meinen Freunden und allen, die sich dafür interessieren, nicht entgehen lassen will. Gewähren doch diese Dokumente einen großen Erkenntnisgewinn über das journalistische Selbstverständnis des Chefredakteurs Diekmann. In Erwartung, dass Sie nun endlich die Erklärung für die unterschiedlichen Rententabellen in der BILD-Zeitung vorlegen, verbleibe ich

*Hoffnungsvoll
Ihr Norbert Blüm.*

MINUSRENTE: Die Erklärung für die unterschiedlichen und manipulierten Rententabellen der ersten Kampagne hat die BILD-Zeitung natürlich nicht vorgelegt. Im Juli 2006, also wenige Wochen nach dem Briefwechsel, ging es stattdessen unter dem Motto „Minusrente“ weiter. Diesmal stützte sich das Boulevardblatt auf Zahlen des „Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft“, welches eine intensive Beziehung (Stichwort: finanzielle Abhängigkeit) zur Deutschen Bank und zum zuvor erwähnten DIA pflegt und dessen Leiter wiederum der notorische Sozialstaatsapokalyptiker Meinhard Miegel ist.

Dass die Behauptung von einem „Verlustgeschäft für die Versicherten der gesetzlichen Rente“ vom Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische, zurückgewiesen wurde, war BILD natürlich keinerlei Erwähnung wert. BILD macht eben keinen Journalismus, sondern betreibt unseriöse Kampagnen auf dem Rücken von Millionen Menschen, die gerade auch ihre Leser sind.



Quelle: BILD-Zeitung vom 22.01.2007

VERTRAUENSVERLUST: „Deutsche trauen der Rente nicht!“ Mit dieser Schlagzeile, vergleichbar mit dem billigen Schurkentrick, dem Ausruf „Haltet den Dieb“, verwies die BILD-Zeitung am 10. Januar 2007 auf ihrer ersten Seite auf den Vertrauensverlust der Deutschen gegenüber der Rente und lenkte dabei von der eigenen zynische Kampagne mit dem Ziel der Zerstörung des Vertrauens der Bürger in die gesetzliche Rente ab. BILD berichtete über eine unveröffentlichte Allensbach Studie, wonach 88 Prozent der Bürger „kein oder weniger Vertrauen“ in ihre Rente hätten; unter den hauptsächlich auf die Rente angewiesenen Berufstätigen, seien es sogar 91 Prozent. Es war der Gipfel der Heuchelei, dass gerade eines der skrupellosesten Propagandaorgane gegen die umlagefinanzierte Rente auch noch den von ihm wesentlich herbeigeführten Vertrauensverlust verkündete.

Mit ihren Lügengeschichten über die „Schrumpffrente“ oder die „Minusrente“ und mit ihrer offenen Kollaboration mit den Finanzkonzernen hatte BILD die Zerstörung des Vertrauens der Bürger in die Rente erst möglich gemacht, nur um dann zum wiederholten Male Krokodilstränen über den Vertrauensverlust

zu weinen. Zum Netzwerk zwischen Allianz und BILD passt im Übrigen auch die Tatsache, dass der für den aktuellen Beitrag in BILD zeichnende „Journalist“, Oliver Santen, bis 2004 Pressesprecher der Allianz AG war.

Mit den bösen Attacken gegen die angebliche „Rentenlüge“ des früheren Bundesarbeitsministers Norbert Blüm, mit als Anzeigen kaum erkennbaren Meldungen unter der Überschrift „Eigenvorsorge immer wichtiger“ oder mit Beiträgen des Chef-Kolumnisten Hugo Müller-Vogg „Mit Walter ins Alter“ hat BILD massiv und manipulativ für die private Riester-Rente Propaganda gemacht. Penetrant wurden die Versicherungslobbyisten Miegel, Raffelhüschen oder Rürup als Experten gegen eine auskömmliche gesetzliche Rente ins Feld geführt. Mit getürkten Zahlen des Deutsche Bank Ablegers Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA) wurden in Riesenlettern „Schock-Prognosen“ über den Kaufkraftverlust der Rente an die Wand gemalt. Wer sollte sich da noch über diese Umfrageergebnisse wundern? Wie ein Großwildjäger sich vor seinem erlegten Kadaver ablichten lässt, posierte BILD vor der zur Strecke gebrachten Rente und ließ sich seine erfolgreiche Hatz auch noch von der geagten Bevölkerung bestätigen.

Die Agitation von BILD gegen die gesetzliche Rente läuft nach wie vor auf vollen Touren, so z.B. in BILD vom 28.01.2008 (übrigens nur der Auftakt zu einer einwöchigen Serie zum Thema Altersarmut und Rettung durch Privatvorsorge):

Die bittere Wahrheit über unsere Rente und warum sie nicht reichen wird

ALTERS-ARMUT

Von STEFAN ERNST UND DIRK HOEREN
 Berlin - Die Rente ist sicher - aber sie wird immer weniger wert. Jetzt wird Millionen von Arbeitnehmern klar, was demographischer Wandel und die deshalb notwendige Rentenreform für sie bedeuten: Sie müssen im Alter den Gürtel enger schnallen. Wer heute nicht vorsorgt, hat im Alter oft nicht einmal mehr genug zum Leben. Grund: Immer weniger Menschen müssen immer mehr Renten versorgen. Die neue BILD-Serie nennt die bitteren Fakten über unsere Rente und wie viel sie später nur noch wert sein wird.
 >>> Heute kommen auf 100 Beitragszahler 45 Rentner, 2050 müssen 100 Ruhestandler versorgen.
 >>> Wer 2004 in Rente oder Frührente ging, bekam im Schnitt nur noch 790 Euro (Ost 836 Euro) Rente im Monat - das sind 93 Euro (Ost 47 Euro) weniger als sechs Jahre zuvor!
 >>> Künftige Generationen wird es noch härter treffen: Heute muss ein Durchschnittsverdiener 25 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, um überhaupt Zahlungen auf Sozialhilfeiveau (660 Euro) zu bekommen. 2030 sind dafür 50 Jahre Arbeit erforderlich!
 >>> Der Anstieg der Lebenshaltungskosten (2007: + 2,2 %) macht bei Rentennulrunden und Mini-Erhöhungen von zuletzt 0,54 % jedes Jahr einen Teil der Kaufkraft der Rente zunichte. **IM KLARTEXT: Die Rente wird jedes Jahr weniger wert!** Folge: Wer heute schon wenig hat - wie Arbeitslose oder Menschen mit geringem Einkommen - wird im Alter auf zusätzliche Hilfe des Staates angewiesen sein.
 >>> Rund zwei Drittel der Rentner müssen ihren Lebensstandard spürbar zurückbrauen, weil sie nicht ausreichend vorgesorgt haben. 30 Prozent droht sogar akute Armut! (Forschungsinstitut für Ökonomie- und Wandel).
Leben Sie morgen: So können Sie sich vor Altersarmut schützen. Warum die Generation der 50-Jährigen jetzt schon handeln muss.

BILD-Interview mit Prof. Bert Rürup

„Ohne Zusatz-Vorsorge wird es nicht gehen!“

Von OLIVER SANTEN
 Prof. Bert Rürup (64) ist Chef der AifW Wirtschaftswissen...
 arbeitslos waren, sind ein Grund: BILD: Wie viele Deutsche sind von Altersarmut betroffen?
 ter auf den Anspruch auf die Sozialhilfe im Alter angerechnet wird. Dadurch ist es nicht ausgeschlossen, dass ein älterer Ci...
 lungsrücknahmen. Jeder muss wissen: Die gesetzliche Rente wird auch für langjährig Versicherte in Zukunft nicht mehr ausrei...

Quelle: BILD-Zeitung, Ausgabe vom 28.01.2008

Das Interview mit dem „unabhängigen Experten“ Prof. Bert Rürup (wie immer nur als Vorsitzender des Sachverständigenrates vorgestellt) wurde vom bereits erwähnten Oliver Santen (ganz im Sinne seines alten Arbeitgebers, der Allianz AG) geführt, das Fazit: „Ohne Zusatz-Vorsorge wird es nicht gehen“. Als Grund für das Absinken des Rentenniveaus wird richtig benannt: schuld sind die Rentenreformen, aber diese werden wiederum mit dem demographischen Wandel als unumgänglich begründet, was der Logik der BILD und ihrer Interessen aber nicht der Realität entspricht.

XIII. Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Sicher, die Schuld an der Zerstörung des Vertrauens und letztlich auch am tatsächlichen Niedergang der gesetzlichen Rente trägt nicht allein die BILD-Zeitung mit ihrer permanenten Panikmache und perfiden Werbung für die Finanzindustrie. Es sind Viele, die auf diese von der Versicherungswirtschaft gesteuerte Kampagne aufgesprungen sind - von der Tagesschau, über den „Doppelagenten“ Beckmann bis zum ZDF. In diesem Milliardenpiel sind zweifelsohne auch Opfer zu Tätern geworden, siehe Richard von Weizsäcker, Bischöfin Margot Käßmann oder auch Bundespräsident Horst Köhler, die allesamt ihre guten Namen für Initiativen hergaben und damit deren Glaubwürdigkeit erhöhten. Und nicht nur die Medien sondern vor allem auch die Politik selbst hat dieser Propaganda durch falsche politische Entscheidungen ständig Nahrung geliefert:

Schon unter der Regierung Kohls wurden die Rentenleistungen von den Bruttolöhnen entkoppelt und an die Nettolohnentwicklung angepasst und damit erheblich gesenkt. Durch die Übertragung des Rentensystems auf den beigetretenen Osten Deutschlands, wurden die Rentenkassen geplündert. Vor allem dadurch, dass es in der ehemaligen DDR offiziell keine Arbeitslosigkeit gab und deshalb fast alle erwerbsfähigen Männer und ein hoher Prozentsatz an erwerbstätigen Frauen eine vergleichsweise lange Beitragszeit angerechnet wurde, aber umgekehrt durch „platt gemachte“ Betriebe und die dadurch verursachte immens hohe Arbeitslosigkeit vergleichsweise geringe Einzahlungen in das Umlagesystem erfolgten, geriet die Rentenversicherung in finanzielle Schwierigkeiten. Auch die Massenentlassungen, bedingt durch den wirtschaftlichen Strukturwandel in den neunziger Jahren im Westen, wurden durch die Einführung der „Frühverrentung“ in die gesetzliche Rentenversicherung der Rentenkasse aufgebürdet. Kein Wunder also, dass die Rentenkassen immer höhere Zuschüsse aus Steuermitteln benötigten, um liquide zu bleiben. Der Zuschussbedarf stieg von 16 Prozent am Ende der achtziger Jahre auf 19,5 Prozent im Jahre 2005; das sind rund 80 Milliarden Euro, oder fast ein Drittel der derzeitigen Ausgaben des Bundeshaushalts.

In einer Art Zangenangriff, nämlich mit der Forderung nach Senkung der Staatsquote bei gleichzeitigen „historisch einmaligen“ (Schröder) Steuersenkungen wurden die staatlichen Zuschüsse an die Rentenversicherungen immer stärker ins politische Visier genommen.

- Weil Sparpolitik und Steuersenkungen zu offensichtlich als politisch gewollt, und deshalb nicht als vermittelbare Argumente für drastische Rentenkürzungen benutzt werden konnten,
- weil die Anhebung der Rentenbeiträge, wegen der zum Dogma erhobenen „Senkung der Lohnnebenkosten“ nicht in Betracht gezogen werden durfte und
- weil der Rückgang der Beitragszahler durch Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang der Beiträge durch die Stagnation der Löhne und durch die Zunahme von Minijobs und Niedriglöhne gleichfalls der Politik angelastet worden wären und deshalb dieses Problem nicht thematisiert werden durfte, weil man damit das Scheitern der eigenen Arbeitsmarktpolitik hätte eingestehen müssen,

deshalb bedurfte es für die „Rentenreform“ eine jenseits der politischen Einflussosphäre liegende, sozusagen der eigenen Schuld der Bevölkerung anzulastende Begründung. Mit statistischen Horrorzahlen über die „dramatische demographische Entwicklung“ wurde der rot-grünen Bundesregierung dann endlich der Hebel für den Um- und Abbau der Rente geliefert - und die intellektuellen Methusaleme dieser Republik malten diese Apokalypse in buntesten Farben aus.

Rot-Grün rettete sich in ihrer ersten Regierungszeit noch durch den „Kunstgriff“ der Einführung der Ökosteuern für die Rente und senkte dafür den Rentenbeitrag von 20,3 auf 19,1 Prozent, angeblich um der Senkung der Lohnnebenkosten willen. (Das war natürlich ein propagandistischer Kunstgriff, denn die Ökosteuern gingen nach dem „Nonaffektations-Prinzip“ des Steuerrechts selbstverständlich in den allgemeinen Haushalt ein und war de facto eine Steuererhöhung.) Das „grüne“ Argument war damals, mit der Ökosteuern könne man die Arbeit billiger und den Ressourcenverzehr teurer machen. Noch recht vernünftig hörte sich an, dass die Versicherungspflichtgrenze im Jahre 2003 von 4.500 auf 5.150 Euro (im Westen) angehoben wurde.

Mit steigenden Arbeitslosenzahlen wurden jedoch die Rentenkassen trotz allem weiter geschwächt und da an eine Beitragserhöhung oder Ausdehnung der Zahl der Beitragszahler auf Selbständige oder Beamte nicht zu denken war, wurde ein früherer IG-Metall-Gewerkschaftsführer vorgeschickt und der musste als Sozialminister, um die Altersvorsorge auf einem angemessenen Niveau zu sichern, unter dem neoliberalen Kampfbegriff von „mehr Eigenverantwortung“ mit der „Riester-Rente“ den Systemwechsel zum dualen Rentensystem vorbereiten. Dass die Bevölkerung die „Riester-Rente“ nicht in erhoffter Weise annahm, wurde dann Walter Riesters angeblicher Ungeschicklichkeit, seinen handwerklichen Fehlern und den angeblich zu hohen bürokratischen Hürden für diese private Rente angelastet. Schröder hat ihn deshalb gefeuert. Er hatte als Gewerkschafter den „Mohr“ abgegeben und seine Kollegen ruhig gehalten und damit seine Schuldigkeit getan. Sein Arbeits- und Sozialministerium wurde gleich ganz ins Wirtschaftsministerium integriert und dem neuen „Superminister“ Clement übertragen. Dann ging es Schlag auf Schlag, so wurden u.a.:

- die Rentenbeitragssätze gedeckelt,
- das Renteneintrittsalter zunächst von 60 auf 63 und jetzt unter der großen Koalition gar gleich auf 67 Jahre angehoben.
- Seit 2004 und auch die kommenden 4 Jahre gibt es „Nullrunden“ für die Rentner (was unter Einberechnung der Inflationsraten (2005 = 2 Prozent) real Rentenkürzungen um schätzungsweise rund 10 Prozent bedeutet).

- Die Rente wird einen Bankarbeitstag später ausbezahlt und Neurentner erhalten ihre Rente nicht mehr am Monatsanfang sondern am Monatsende.
- Die Anrechnungszeiten für die Ausbildung wurden verkürzt.
- Rentner müssen statt des halben nunmehr den ganzen Pflegeversicherungsbeitrag von 1,7 Prozent ihres Renteneinkommens bezahlen.
- Nach dem Alterseinkünftegesetz müssen alle Rentner mit einer Rente von knapp 1.600 Euro (also etwa 25 Prozent der Rentner) (wie die Pensionäre) Steuern auf ihre Renten bezahlen, (Parole: steuerliche Belastung im Alter zugunsten steuerlicher Entlastung im Erwerbsleben aus angeblichen Gründen der Generationengerechtigkeit).
- Die Senkung der Witwenrente von heute 60 auf 55 Prozent.

Bei der kaum noch überschaubaren Vielzahl der „Reformen“ im Rentenrecht und dem begleitenden Katastrophentremolo in den Medien und durch die Anzeigenkampagnen der Versicherungswirtschaft konnte es nicht ausbleiben, dass nicht nur die Rentner sondern auch die jüngeren Jahrgänge verunsichert wurden. Die Renten-„Reform“ wurde geradezu zum Synonym dafür, dass Reformen für die davon Betroffenen nur noch Verschlechterungen und Belastungen bringen. Alle diese Belastungen hätte man allerdings noch als Renten-„Anpassungen“ abtun können gegenüber dem Schlag mit der Axt an den Stamm der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Einführung des so genannten „Nachhaltigkeitsfaktors“. Zur Erinnerung - in die Rentenformel gingen bislang ein:

- die „Entgeltpunkte“ (also der Verdienst pro Jahr geteilt durch das Durchschnittseinkommen aller Versicherten),
- der „Zugangsfaktor“ (die Rente mindert sich für jedes Jahr, das man vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in Rente geht um 3,6 Prozent, deshalb – vor dem Hintergrund des tatsächlich für die meisten viel früheren (überwiegend unfreiwilligen) Ausscheidens aus dem Berufsleben bedeutet dieser Faktor eine tatsächliche Rentenkürzung für mehr als die Hälfte der Versicherten - das ist auch der eigentliche Grund für die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre im Koalitionsvertrag. Wer mit 60 in Rente geht verliert also über Viertel der Rentenleistung),
- der „Rentenartenfaktor“ (also die Art der Rente, z.B. Alters- oder Hinterbliebenenrente) und
- der „aktuelle Rentenwert“ (2005 betrug diese Rechengröße 26,13 Euro im Westen und 22,79 Euro im Osten).

Beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit 65 Jahren und 45 Entgeltpunkten (also 45 Jahren Durchschnittsverdienst) bekommt gegenwärtig der sog. „Standardrentner“ $45 \times 1 \times 26,13 = 1.175$ Euro pro Monat im Westen. (Nicht zu verwechseln mit der durchschnittlichen Rente, die liegt bei Arbeitern bei 841 Euro und bei Angestellten bei 1165 Euro.) Mit dem 2005 eingeführten „Nachhaltigkeitsfaktor“ wird diese Rentenformel also um einen weiteren (dramatischen Unsicherheits-)Faktor erweitert: Die Gesamtzahl der Rentner wird in Beziehung gesetzt zur Anzahl der erwerbstätigen Beitragszahler. Damit soll neben der demographischen Entwicklung - über die hauptsächlich geredet wird - auch noch die Beschäftigungsentwicklung in die Berechnung des Rentenniveaus einbezogen werden. Damit zieht sich die Politik gleich doppelt aus der Verantwortung, nämlich für die Sicherheit der Renten und für mehr Beschäftigung.

Gibt es also weniger Einzahler wird der Anstieg der Rente entsprechend gesenkt. Die Last des Geburtenrückgangs und der Arbeitslosigkeit sollen also künftig die Rentner tragen. Damit könnte das Rentenniveau von derzeit etwa 53 Prozent des Nettoerwerbseinkommens ins Bodenlose sinken, wenn immer weniger Beitragszahler einzahlen und immer mehr Rentner Renten beziehen würden. Dieser „Nachhaltigkeitsfaktor“ ist im Übrigen auch unter anderen Gesichtspunkten höchst fragwürdig: Er hat eine typisch prozyklische ökonomische Wirkung, er verschärft nämlich in einer wirtschaftlich kritischen Situation die Krise durch Beschränkung der Einkommen der Rentner noch mehr.

Um die Durchschnittsrente wenigstens über dem Sozialhilfesatz zu halten wurde über eine Untergrenze von 46 Prozent diskutiert, doch bis heute gibt es keine Vorschläge, wie diese Untergrenze sichergestellt werden kann. Eine Mindestrente wurde jedenfalls einhellig abgelehnt. Im Gegenteil: Durch die von der Großen Koalition angestrebte Senkung der staatlichen Zuschüsse an die Rentenversicherung wird der Ausweg über eine stärkere Steuerfinanzierung sogar noch ausgeschlossen. Ganz unabhängig davon, dass dies politisch so herbeigeführt worden ist, wird seit einigen Jahren allenthalben in Politik und Medien nur noch davon geredet, dass künftig durch die gesetzliche Rente allenfalls noch das Existenzminimum abgesichert werden könne und, um eine

angemessene Altersversorgung erreichen zu können, bliebe kein anderer Ausweg als die private Vorsorge - in Eigenverantwortung eben.

Man mag nun entgegen, alle diese Schritte seien doch angesichts der Knappheit der Rentenkassen und der demographischen Entwicklung „objektiv notwendig“. Dieser Denkfehler bei der Rentenreform hat ähnliche Ursachen, wie bei jetzt schon offenkundigen Scheitern der Arbeitsmarktreformen. Man denkt nur innerhalb des Systems und will dort die Symptome behandeln, man schaut aber nicht auf die Ursachen für die Probleme und Engpässe des Systems. Genauso wie die Hartz-Gesetze nichts oder allenfalls ganz wenig bewirken, wenn keine Arbeit nachgefragt wird, so können auch die Probleme des Rentensystems nicht gelöst werden, wenn man nur an den Stellschrauben innerhalb des Systems dreht. Dabei böten sich ganz nahe liegende Lösungen an:

- Eine bessere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials oder sogar dessen Ausdehnung etwa durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, um dadurch die Zahl der Beitragszahler zu erhöhen, etwa durch eine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik.
- Eine produktivitäts- und inflationsorientierte Erhöhung der Löhne und damit höhere Beitragszahlungen.
- Eine moderate Erhöhung der Beitragssätze. (Warum sollen 22 Prozent eine Obergrenze darstellen, wo die Menschen doch künftig und zwar ohne Arbeitgeberanteil einen viel höheren Anteil ihres Einkommens für die private Versicherung aufbringen müssen?)
- Eine Ausdehnung der Beitragszahler über die unselbständig Beschäftigten hinaus und/oder die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze für höher Verdienende.
- Die Finanzierung wenigstens der sog. versicherungsfremden Leistungen über die allg. Steuer.
- Schließlich eine höhere Steuerfinanzierung der Rente, etwa nach skandinavischem Vorbild.

Alle diese Lösungswege sind durch den Machteinfluss der Versicherungswirtschaft und der von ihr in die Köpfe eingehämmerten Ideologien der Privatisierung, der Senkung der Staatsquote und der Lohnnebenkosten dem gegenwärtigen politischen Denken versperrt.

- Die Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials (also durch mehr Beschäftigung von Arbeitslosen und Frauen) benötigte eine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik und nicht nur Gottvertrauen auf einen irgendwann vielleicht einmal eintretenden Aufschwung.
- Lohnerhöhungen verlangten allerdings eine Rückbesinnung darauf, dass Löhne einen Doppelcharakter haben, nämlich als betriebswirtschaftliche Kosten einerseits und als volkswirtschaftliche Binnennachfrage andererseits. Der „Wirtschafts-Weise“ Bofinger nennt das einen Wechsel von einer ausschließlich „defensiven Strategie, wonach angeblich nur mit sinkenden Reallöhnen Arbeitsplätze gesichert werden können. Die skandinavischen Länder könnten ein Vorbild für eine offensive Strategie sein, dort (wie übrigens fast überall bei unseren Wettbewerbern) stiegen die Löhne deutlich, ohne das das dem Wirtschaftswachstum den geringsten Abbruch tat, im Gegenteil.
- Gegen eine Erhöhung der Beitragssätze, steht das Dogma der „Senkung der Lohnnebenkosten“. Wie hoch müssen eigentlich die Exportüberschüsse noch steigen, bis endlich diese Legende, dass die hohen Arbeitskosten unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährdeten, aus der Welt geräumt werden kann?
- Gegen die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, steht die geballte Macht der Besserverdienenden und der Selbständigen (übrigens gerade auch unter Politikern und Journalisten).
- Man könnte auch über eine Ausdehnung der Beitragszahler auf Selbständige und Beamten nachdenken (wobei das wegen der Anwartschaften, die diese erworben haben und in die der Gesetzgeber wohl kaum eingreifen darf, wohl eine ganze Generation dauern würde).
- Gegen eine (vermehrte) Steuerfinanzierung etwa in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit oder zum Ausgleich von versicherungsfremden Leistungen stehen die Apologeten vom „schlanken Staat“, obwohl die skandinavischen Länder mit Staatsquoten von weit über 50 Prozent und erheblich höheren Steuerneinnahmen des Staates ein Gegenbeispiel sind.

Warum die politischen Eliten die Erosion der staatlichen Rente und sogar ihren Ruin zulassen, können wir nicht verstehen. Warum sie alles unterlassen, was zur Wiederherstellung des Vertrauens in die gesetzliche Rente führen könnte, erschließt sich uns ebenso wenig. Beides ist sachlich nicht erklärbar.

XIV. Staatliche Werbung für die Versicherungswirtschaft.

Es ist auch nicht erklärbar, dass die verantwortliche Ministerin, Ulla Schmidt, vor dem Deutschen Bundestag explizit für private Vorsorge wirbt und sich damit sozusagen als oberste Werbeinstanz für die Versicherungswirtschaft hergibt. Allerdings befindet sie sich mit dem Werben für private Interessen in bester Gesellschaft. Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff sagt Nullrunden der Rente für nahezu 10 Jahre voraus und schürt damit die Angst vor der Altersarmut. Auch der amtierende Vizekanzler und Arbeits- und Sozialminister und seine Mitstreiter werben unentwegt für die Privatvorsorge. Müntefering drückt sich damit ständig um das eigentliche Problem, nämlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, herum. Am 27.06.2006 konnte man auf der Website des Ministeriums von Franz Müntefering folgenden Text lesen, der mit Lippenbekenntnissen zur gesetzlichen Rente beginnt:

Rente: Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Die Bundesregierung hat das Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig auf eine solide Finanzgrundlage zu stellen und langfristig zu sichern.

Gesetzliche Rentenversicherung: Deutschland verfügt über einen hoch entwickelten Sozialstaat. Das Sozialstaatsprinzip ist im Grundgesetz unveränderbar festgeschrieben (Artikel 20 Absatz 1, Artikel 28 Absatz 1). Sozialstaatlichkeit ist damit Verpflichtung für die Politik. Der Staat soll die Existenzgrundlagen seiner Bürgerinnen und Bürger sichern und für den Ausgleich zwischen den sozial Schwachen und den sozial Starken sorgen.

Zusätzliche Altersvorsorge: Das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung steigt stetig. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung kommen immer weniger Beitragszahler auf immer mehr Rentenempfänger. Um die jüngere Generation nicht zu überfordern, ist es deshalb unausweichlich, dass in Zukunft die Renten weniger stark steigen als bisher. Damit ist zusätzliche Altersvorsorge notwendig, um auch im Alter den gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten zu können.

Internationale Altersvorsorge: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, Verlässlichkeit und Optionalität, Solidarität und Subsidiarität - dies sind Kriterien, denen die Altersvorsorge auch und in Zukunft gerecht werden muss. In Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen, unter denen diese Ziele erreicht werden können, verändert: Die Entwicklungen im Bevölkerungsaufbau, die Auswirkungen des verschärften Wettbewerbs, die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Veränderungen von Lebenslagen und -entwürfen erfordern eine Neujustierung der Alterssicherung, die Alten und Jungen, Beitragszahlern und Rentnern gerecht wird.

Und wenn man bei „Rente“ weiter klickte, konnte man folgendes lesen:

Das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung steigt stetig. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung kommen immer weniger Beitragszahler auf immer mehr Rentenempfänger. Um die jüngere Generation nicht zu überfordern, ist es deshalb unausweichlich, dass in Zukunft die Renten weniger stark steigen als bisher. Damit ist zusätzliche Altersvorsorge notwendig, um auch im Alter den gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten zu können.

Die Alterssicherung wird sich in Zukunft stärker als bisher auf drei Säulen stützen müssen:

- die gesetzliche Rentenversicherung,*
- die betriebliche Altersversorgung und*
- die private Altersvorsorge (Riester-Rente).*

Der Staat hilft beim Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge mit Zulagen, Steuervergünstigungen und in der betrieblichen Altersversorgung extra Beitragsersparnissen in der Sozialversicherung. Außerdem wurden mit dem Alterseinkünftegesetz die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung nochmals verbessert und die Attraktivität der Riester-Rente erhöht. Jeder kann frei wählen, ob und wie er sich zusätzlich absichert. Staatlich geförderte Zusatzvorsorge ist attraktiv und lohnend - aber keine Pflicht. Vor der Entscheidung über eine private Altersvorsorge oder eine betriebliche Altersversorgung über Entgeltumwandlung sollten immer eine persönliche Vorsorgeanalyse und Prüfung stehen (Checklisten), denn ergänzende Alterssicherung ist eine langfristige Angelegenheit. Eine Checkliste kann und soll die notwendige individuelle Beratung nicht ersetzen. Aber sie bietet einen schnellen Überblick über die Möglichkeiten der staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge und hilft, gut informiert zur Beratung zu gehen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, www.bmas.bund.de

Das sind schon bemerkenswerte Texte. Sie könnten auch in den Werbebroschüren der Versicherungswirtschaft stehen, jedenfalls passen sie voll und ganz mit der Strategie der Versicherungswirtschaft zusammen. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger auf Steuerzahlerkosten von den Tatsachen und wirklichen Risiken abgelenkt und es wird über das eigene politische Versagen hinweggetäuscht und

um dieses Versagen zu überspielen, nimmt man halt gerne die oftmals sprichwörtlich wohlfeilen Argumente der starken und einflussmächtigen wirtschaftlichen Interessenverbände auf. Schließlich kann man dann auf einen starken propagandistischen Flankenschutz bauen.

Wenn vom zuständigen Ministerium behauptet wird, um „die jüngere Generation nicht zu überfordern“, wäre zusätzliche Altersvorsorge notwendig, „um auch im Alter den gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten zu können“, dann wird der Boden rationaler Argumentation verlassen und durch Propaganda ersetzt. Man unterstellt dabei dass die Bürgerinnen und Bürger nicht fähig sind, eins und eins, nämlich ihre Beiträge für die gesetzliche Rente und die Prämien für die Privatvorsorge (etwa die Riester-Rente) zu addieren.

Die Spitzen des Sozialministeriums beteiligen sich übrigens handfest an den gängig gewordenen Fehlinformationen zum demographischen Problem. Der Minister selbst spricht, um die Dramatik der Entwicklung so richtig drastisch darzustellen, bei öffentlichen Veranstaltungen laut Handelsblatt davon, jedes 2. heute geborene Mädchen werde 100 Jahre alt. Richtig ist, dass vermutlich jedes 75. Mädchen dieses Alter erreichen wird. Einer der Staatssekretäre im Sozialministerium, der Staatssekretär Anzinger, verbreitet die schlichte Unwahrheit über die angeblich einzigartig niedrige Geburtenrate in Deutschland auch noch 10 Tage nach einer offiziellen Richtigstellung durch das Statistische Bundesamt. Zur Begrüßung der Gründungsversammlung des Demographie-Netzwerkes (ddn) sagte Anzinger wörtlich am 27. März 2007:

„Herumgesprochen hat sich ebenfalls unsere geringe Geburtenrate. Sie ist nochmals gesunken! Sie beträgt jetzt in Deutschland 1,36 Kinder je Frau. Hinweis: Das ist weltweit der niedrigste Wert, vom Vatikanstaat abgesehen.“

Richtig ist, dass selbst innerhalb der Europäischen Union 10 Länder eine niedrigere Geburtenrate haben als wir. Wir liegen im unteren Mittelfeld. Aber bei uns kann der Staatssekretär eines zuständigen Ministeriums sich dumm stellen und eine solche Unwahrheit verbreiten, ohne dass die für dumm Verkauften protestieren oder wenigstens laut auflachen. Man stelle sich nur einmal den Aufschrei vor, wenn der Staatssekretär gesagt hätte, dass das demographische Problem von interessierten Wirtschaftskreisen aufgebauscht würde. Er würde sofort als „Radikaler“ oder als „Verschwörungstheoretiker“ abgetan. Dass man die Propaganda für die private Vorsorge noch weiter auf die Spitze treiben kann, beweist Bundesarbeitsminister Franz Müntefering. So berichtete das Handelsblatt über die Initiative „Altersvorsorge macht Schule“ am 22.05.2007:

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering hat rund 300 Experten der Rentenversicherung in die Volkshochschulen der Republik entsandt. Die Finanzprofis sollen möglichst viele Bundesbürger zu „Vorsorgeexperten“ ausbilden.

The screenshot shows the homepage of the website 'Altersvorsorge macht Schule'. The header features the logo and navigation links: 'Startseite | Suche | Sitemap | Kontakt | Impressum | Login'. A main banner includes the text '> Jetzt Expertin werden. > Mit den Altersvorsorge-Kursen in Ihrer Volkshochschule.' and a photo of a woman. A sidebar on the left lists menu items: 'Kurse', 'Wissen', 'Service', 'Presse', 'Initiative', and 'Kontakt'. The main content area has a title 'Altersvorsorge macht Schule: einfach Bescheid wissen' and a sub-header 'Rürup oder Riester, Banksparplan oder Fonds? Wer zusätzlich fürs Alter vorsorgen will, hat viele Möglichkeiten. "Altersvorsorge macht Schule", das Kursangebot an den Volkshochschulen, gibt Orientierung. Unabhängig und neutral erklären Fachleute der Deutschen Rentenversicherung, wie Sie optimal fürs Alter sparen können. Überall in Deutschland. >> mehr ...'. Below this is a 'Frage der Woche' section with the question 'Kann ich noch im Folgejahr Beiträge in meinen Riester-Vertrag einzahlen, um rückwirkend die volle...'. On the right, there is a search box for 'Kurse in Ihrer Nähe finden' with a 'PLZ' field and a 'Finden' button, and a section for 'Fragen zur Altersvorsorge?' with the phone number 'Tel. 0800 - 1000 4800' and the text 'Das kostenlose Servicetelefon der Rentenversicherungsträger'. At the bottom right, there is a link for 'Altersvorsorge und Hartz IV'.

Quelle: Website der Initiative „Altersvorsorge macht Schule“

Es ist anzunehmen, dass diese Experten von der Deutschen Rentenversicherung bezahlt werden. Das heißt: Müntefering greift nicht nur in den Steuersäckel, um die Subventionen für die Förderrente (gleich Riester-Rente) zu bezahlen, er bedient sich auch der Beiträge der Beitragszahler in die Gesetzliche Rentenversicherung, um ihrer Konkurrenz auf die Beine zu helfen. Ein beachtlich starkes Stück. Und damit schickt Müntefering Hunderttausende in eine private Altersvorsorge, deren Rentabilität häufig gegen null geht.

Exkursion: „Mit Walter ins Alter“ Riester.

An dieser Stelle soll nun, last but not least, nach Betrachtung der wissenschaftlichen, ökonomischen, publizistischen und politischen Eliten, der ehemalige Bundesarbeitsminister Walter Riester ausführlich gewürdigt werden. An ihm kann man exemplarisch nachvollziehen wie man vom Opfer zum Täter und letzten Endes zum Profiteur der eigenen politischer Entscheidungen wird. Nach der Abberufung aus der Bundesregierung wurde Riester auf die Hinterbänke des Deutschen Bundestags durchgereicht. Dass er noch nicht vollständig in der Bedeutungslosigkeit verschwunden ist, ist das Verdienst großer Versicherungen und Banken, die ihn mit lukrativen Nebenjobs versorg(t)en und sich mit barer Münze für seine Verdienste bei der Zerstörung des Vertrauens in die gesetzliche Rentenversicherung bedank(t)en. Walter Riester versilbert bzw. vergoldet heute sein Werben für die Riester-Rentenprodukte der Versicherungen, denen er gestern mit Staatssubventionen (auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung) politisch den Weg geebnet hat.

Auskunft über den umtriebigen Minister a.D. gibt der Deutsche Bundestag auf seiner Homepage (nachdem das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der Veröffentlichung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten bestätigte, wurden die gesammelten Daten am 05.07.07 veröffentlicht): 22 mal mindestens 7.000 Euro, 7 mal mindestens 3.500 Euro und 3 mal mindestens 1.000 Euro, also insgesamt mindestens 181.500 Euro verdiente sich Riester als Redner in gut einem (!) Jahr hinzu. Konkrete Zahlen werden nicht genannt, also in den Fällen wo von mindestens 7.000 Euro die Rede ist, kann es auch wesentlich mehr sein. Bemerkenswert ist es aber allemal, dass Banken und Versicherungen dem biederen MdB aus Oberschwaben diese hohen Beträge zahlen:

Vorträge für mind. 7.000 Euro:

- Agentur referenten & themen, Hohenstein-Ernstthal, Vorträge, 2007
- AWD Holding AG, Hannover, Vorträge, April 07
- Badischer Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe, Vortrag, Februar 07
- BBBank Anlagenberatung- u. Versicherungsbereich, Karlsruhe, Vorträge, Mai 07
- bbg Betriebsberatungs GmbH, Bayreuth, Vortrag, September 06
- Bundesverband Deutscher Vermögensberater, Frankfurt/Main, Vorträge, Mai 07
- BVF GmbH, Rochlitz, Vorträge, 2007
- Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden, Vorträge, 2007
- Econ Referenten-Agentur, Starnberg, Vortrag, März 07
- Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherungen AG, Berlin, Vorträge, 2006
- Focus Magazin Verlag GmbH, Focus-Money, München, Vorträge, 2005
- geno kom Werbeagentur GmbH, Köln, Vortrag, September 06
- Georg Seil Consulting GSC GmbH, Wiesbaden, Vortrag, September 06
- Nürnberger Versicherungsgruppe, Nürnberg, Vortrag, Juli 06
- Sparda-Bank Baden-Württemberg eG, Stuttgart, Vortrag, Januar 07
- Sparkasse Einbeck, Einbeck, Vortrag, November 06
- Union Investmend Privatfonds GmbH, Frankfurt/Main, Vorträge, 200 und März 07
- Volksbank Lahr, Lahr, April 07
- The London Speaker Bureau, Karlsruhe, Vortrag, März 07
- universa Lebensversicherungen AG, Köln, Vorträge 2007

Vorträge für 3.500 bis 7.000 Euro:

- Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft Mecklenb.-Vorp., Rostock, Vortrag, Oktober 06
- DEVK Versicherungen, Köln, Schwerin, Vortrag Dezember 06 und Februar 07
- EUTOP Speakers Agency, München, Vortrag, Mai 06
- Heimrich & Hannot GmbH, Leipzig, Vortrag, Mai 06
- Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Vortrag, Mai 06
- Westfälische Provinzial Versicherungen AG, Münster, Vortrag, Januar 06

Vorträge für 1.000 bis 3.500 Euro:

- Allianz Pension Partners GmbH, München, Vortrag, Juni 06
- Erhard Redner- und Persönlichkeitsmanagement, München, Vortrag, November 05
- Sparda-Bank Baden-Württemberg eG, Stuttgart, Vortrag, Oktober 06

Quelle: Deutscher Bundestag, www.bundestag.de.

Vor der Veröffentlichung der Nebentätigkeiten sparte die BILD-Zeitung nicht mit Anerkennung und Lob für Walter Riester und hob den viel kritisierten und dann geschassten Ex-Minister in den Olymp politischer Lichtgestalten. In einem Kommentar mit dem Titel „Mit Walter ins Alter“ ließ BILD-Kolumnist Hugo Müller-Vogg am 19.07.2006 ein wahres Feuerwerk an Lobhudelei los: ein „Renner“ sei die private Vorsorge, „8 bis 10 Millionen“ Menschen hätten „geriestert“, so habe Riester mit der privaten Altersvorsorge „mehr erreicht als Reichskanzler Otto von Bismarck“. Bismarcks Rente hat zwar alle Krisen der Geschichte überstanden und stets gezahlt, während die privaten Ersparnisse nach Inflation und Kriegen wertlos waren, aber darüber ging auch Müller-Vogg, wie in BILD üblich, elegant hinweg. Wenigstens hat er schon damals festgestellt, dass die Anbieter privater Altersvorsorge und Riester „Brüder im Geiste“ seien, freilich ohne dabei anrühiges oder gar korruptes Verhalten zu vermuten oder gar zu unterstellen. Das passte damals noch nicht ins Bild der BILD-Zeitung. Nach der Veröffentlichung der Nebentätigkeiten änderte sich die Beurteilung Walter Riesters, so wurde er dann am 07.07.2007 mit einer ¾ Seite flugs an den Pranger gestellt, diesmal unter der dicken Schlagzeile „So macht Walter Riester mit seiner Riester-Rente ein Riesen-Geschäft“:

DER TOLLSTE NEBENJOB IM BUNDESTAG
So macht Walter Riester mit seiner Riester-Rente ein Riesen-Geschäft

Von GEORG STRIEBER
 Berlin - Die Veröffentlichung der Nebentätigkeiten der Bundestagsabgeordneten sorgt für Wirbel und Empörung. Nur 161 von 615 Parlamentarier haben überhaupt Erklärungen abgegeben, aber bei diesen fördert die Transparenzliste Erstaunliches zutage. Zum Beispiel: Ex-Arbeitsminister (bis 2004) Walter Riester (51). Er bekommt nicht nur 600 Abgeordneter, sondern 100 bis 1200 Euro/Monat plus 3720 Euro Selbstwahlzuschuss.

Als Arbeitsminister setzte Walter Riester (51, SPD) die staatlich geförderte private Altersvorsorge durch, die „Riester-Rente“ (Foto: L. CHAPRON)

„Interessenskonflikte sind gefährlich!“

BILD-Diskussion mit Prof. Axel Rudolf Korte (48, Uni Duisburg-Essen) (unter der „Forschungsgruppe“ „Ergänzung“)

Wie ist es in der Bundestag? Die Nebentätigkeiten sind nach dem Wahlgesetz geregelt. Prof. Korte: Sie werden nicht nur auf dem Parteitag, sondern in der Bundestag... (Foto: 14. Juli 2007)

Riester kommt - und Sie können dabei sein

BBW Bank Veranstaltung mit Herrn Walter Riester (MdB)

Heute zahlen Banken wie hier die „BBW-Bank“ Versicherungen und Finanzberater Riester Honorare für Vorträge über die Riester-Rente.

Keine Zeit für den Bundestag, Herr Merz?

21 Monaten genau sechs Mal „aktuell“ (5 Anträge, 2 Beschlüsse, eine schriftliche Erklärung). Zum Vergleich: Unter der Vorgänger-Regierung (CDU) hat sich Merz (CDU) fünfmal im Bundestag... (Foto: 14. Juli 2007)

Quelle: BILD-Zeitung, Ausgabe vom 07.07.2007

Damit hat die BILD-Zeitung zweierlei bewiesen. Erstens: ihr Geschick, wenn es darum geht die eigene Verantwortung unter den Teppich zu kehren und von der eigenen plumpen Agitation abzulenken. Zweitens: wenn man die BILD-Zeitung zum Freund und Verbündeten hat, braucht man wahrlich keine Feinde mehr. Trotz dieser Geschäftemacherei kann sich Riester aber der Unterstützung und Rückendeckung seiner Genossen sicher sein. Der ehemalige Arbeitsminister Franz Müntefering prophezeite noch auf dem Parteitag der SPD in Hamburg Ende Oktober 2007, dass man Walter Riester eines Tages noch ein Denkmal bauen werde. Ob Riester für die Zerstörung der gesetzlichen Rentenversicherung ein Denkmal verdient hat, lassen wir mal dahingestellt. Die SPD jedenfalls beklatscht solches Verhalten das zum Ruin gesellschaftlicher Errungenschaften führt weiterhin tapfer.

XV. Fazit:

Angefeuert von den Versicherungskonzernen und ihren Komplizen wurde die gesetzliche Rentenversicherung durch politische Fehlentscheidungen zum Armutsrisiko gemacht. Somit wurde auch das Vertrauen in die Rente gründlich zerstört. Jetzt muss es die Versicherungslobby, um ihr Endziel zu erreichen, nur noch schaffen, dass die Menschen auch Altersversicherungsverträge abschließen - am

Besten mittels gesetzlichem Zwang, unabhängig davon, ob sich die Menschen eine zusätzliche private Versicherung leisten können oder nicht. Erst dann wird das angestrebte Milliardengeschäft auch ein richtiger Erfolg. Der Kampf für ein Milliardengeschäft der privaten Rentenversicherer ist genauso zynisch, wie die Entlassung von tausenden von Mitarbeitern durch die Allianz und anderer Versicherungskonzernen und das trotz Milliardengewinnen, zu denen auch die Politik mit der Einführung der Riester-Rente und einem „dualen Rentensystem“ einen massiven Beitrag leistete. Niemand wird den so betrogenen Menschen erklären, dass die Finanzierungsschwierigkeiten der gesetzlichen Rente ihre Hauptursachen in einer verfehlten Wirtschaftspolitik mit Massenarbeitslosigkeit und in zu niedrigen Löhnen, in Mini- und Ein-Euro-Jobs und damit in zu geringen Rentenbeiträgen haben. Und schon gar niemand wird ihnen erklären, warum die Menschen die (nicht mehr paritätisch von Arbeitgebern mitfinanzierten) erheblichen Mehrkosten für die private (unsichere) kapitalgedeckte Altersvorsorge nicht gleich in die (viel billigere und risikofreiere) umlagefinanzierte Rente bezahlen konnten. Aber niemand sollte auch die Menschen für so blöd halten, dass sie nicht 1 + 1 zusammenzählen könnten.

XVI. Der Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit.

Es ist nur noch ein Trauerspiel, wie in diesem Land mit allen Mitteln der Propaganda, der Manipulation und der Panikmache Kernelemente des Sozialstaats, wie die gesetzliche Rente, sturmreif geschossen werden dürfen, ohne dass es noch eine ernsthafte Gegenwehr gäbe. Daraus kann man ablesen, wie weit Politik, Verbände und Medien und letztlich wir alle in die Fänge der Versicherungswirtschaft und Finanzindustrie geraten sind.

Umso notwendiger ist es eine kritische Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Dieses Ziel erweist sich immer wieder als dringlich geboten, denn nicht nur bei der Altersvorsorge, sondern über weite Strecken wird die öffentliche Meinung in Deutschland von wirtschaftlichen Interessen und Ideologien geprägt. Wer über große finanzielle Mittel und publizistische Macht verfügt, kann die öffentliche Meinung und - wegen des engen Zusammenhangs von öffentlicher Meinungsbildung und politischer Entscheidungsfindung - auch politische Entscheidungen wesentlich bestimmen. Wer über entsprechende Mittel verfügt, kann Meinung auch ziemlich unabhängig von der Erfahrungswelt der Adressaten machen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind der täglichen Agitation ziemlich hilflos ausgeliefert. Strategisch überlegte Meinungsbeeinflussung und Manipulationen bis hin zur Gehirnwäsche sind üblich geworden. Die meisten Medien beteiligen sich daran leider teils bewusst, teils aus Anpassung an entsprechende Kampagnen oder aus wirtschaftlicher Notwendigkeit (Stichwort: Anzeigengeschäft). Es gibt nur noch wenige kritische Medien, die wegen dem Trommelfeuer des Mainstreams kaum noch wahrgenommen werden.

Sie und wir alle werden beim Aufbau einer Gegenöffentlichkeit nie ein so großes und breites Feuerwerk an Informations-Impulsen aussenden können wie die Vertreter des Mainstreams. An Masse werden uns die BILD-Zeitung und der Spiegel, die Bertelsmann Stiftung und der anhängenden Medienkonzern von Gruner und Jahr bis zur RTL Gruppe, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die Wirtschaftsverbände, die Profiteure der Reformen, die Modernisierer der etablierten Parteien, die Finanzindustrie und ihre angeheuerten Wissenschaftler immer überlegen sein. Es wird also auf lange Sicht ein Pulk von 10 oder 100 Informationsimpulsen gegen den einen von unserer Seite stehen. Die davon erreichten Menschen werden also dem Mainstream schon wegen der großen Zahl der Impulse und ihrer scheinbar unabhängigen verschiedenen Quellen glauben, dazu passt Orwell:

Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten - wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten -, dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit. George Orwell: 1984

Der Fortbestand unserer Demokratie hängt davon ab, ob es uns gelingt dies zu verhindern. Zum Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit gehören **erstens unabhängige Informationsquellen** wie die **NachDenkSeiten**. Wichtig ist darüber hinaus **zweitens die Aktion** - die Aktion im Großen wie zum Beispiel die Demonstrationen gegen den G8 Gipfel und die Aktion im Kleinen wie zum Beispiel die vielen örtlichen Initiativen gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Beides gehört zusammen - kritische Webseiten wie die www.NachDenkSeiten.de als Informationsbasis und Stichwortgeber für die Argumentation und Aktionen von Gruppen wie Attac, oder Arbeitskämpfe und Demonstrationen von Gewerkschaften, oder die Arbeit von kritischen Parteigliederungen. Eine wichtige **dritte Säule beim Aufbau einer Gegenöffentlichkeit ist die Arbeit als Multiplikator** (Stichwort: Mundfunk), denn schon ein kurzes Gespräch mit Freunden, Bekannten, Nachbarn und Kollegen oder ein Hinweis auf den ein oder anderen Sachverhalt kann hilfreich sein. Viele weitere Hinweise, Tipps und Erfahrungsberichte zum Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit finden Sie in einem extra dafür eingerichteten Bereich auf den www.NachDenkSeiten.de. Schauen

Impressum

Herausgeber:

Matthias Burghardt | Dorfstr. 35 C | 06333 Welfesholz | E-Mail: matthiasburghardt@msn.com

Die Autoren:

Albrecht Müller | Dr. Wolfgang Lieb | Matthias Burghardt

Albrecht Müller und Dr. Wolfgang Lieb gründeten 2005 die „Initiative zur Verbesserung der Qualität politischer Meinungsbildung e.V.“, die die NachDenkSeiten betreibt und fördert - ein Internetprojekt das die öffentliche Meinungsbildung und politische Entscheidungsfindung kritisch beobachtet und kommentiert. Hinter dem Projekt steckt kein geschäftliches Interesse. Seine Realisierung folgt allein der Idee, etwas gegen die Einseitigkeit und Flachheit der öffentlichen Debatte tun zu wollen und dazu das Medium Internet zu nutzen.

Albrecht Müller war Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt und verantwortlich für den Bundestagswahlkampf der SPD 1972 („Willy wählen“). *Dr. Wolfgang Lieb* war Mitarbeiter in der Planungsabteilung des Bundeskanzleramts, Regierungssprecher unter Ministerpräsident Johannes Rau und Staatssekretär im Wissenschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen.

Für alle die mehr wissen wollen:



Das kritische Jahrbuch 2007 - Nachdenken über Deutschland von Dr. Wolfgang Lieb und Albrecht Müller.

Die nicht enden wollende Kette von Skandalen und Abzocke unserer Eliten - von A wie Ackermann bis Z wie Zumwinkel - passt ins Bild dessen, was wir seit Jahren mit der herrschenden Ideologie erleben: Die Zerstörung des sozialen Charakters und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, sowie übrigens auch der Effizienz von Marktwirtschaft und Wettbewerb. „Das kritische Jahrbuch 2007“ räumt mit der Verharmlosung der kriminellen Energie des neoliberalen Mainstreams auf und zeigt wie sich die Entsolidarisierung und Aufgabe sozialer Errungenschaften auf unser aller Leben auswirkt: ein Paukenschlag auf dem Buchmarkt des Frühjahrs 2008.



Machtwahn von Albrecht Müller

Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet.

Unsere Führungseliten zerstören, was in vielen Jahrzehnten aufgebaut wurde. Sie spalten unsere Gesellschaft, sie hetzen die junge Generation gegen die ältere auf, sie verscherbeln unser öffentliches Eigentum. Sie sind die Propheten eines schrankenlosen Profitstrebens - und verdienen prächtig daran. Jeder einzelne bekommt die Folgen zu spüren: Die Gesellschaft wird umgebaut und wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Fragt sich bloß: Wissen es unsere Eliten einfach nicht besser? Oder sind sie längst eine große Koalition mit den wahren Nutznießern des Umbaus eingegangen?



Die Reformlüge von Albrecht Müller

40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren.

Seit Jahren wird mit falschen Maßnahmen und so genannten Reformen unser Land traktiert. Den Nutzen haben einige wenige, die Zeche zahlen wir alle. In einer ebenso spannenden wie erhellenden Analyse deckt Albrecht Müller die Hintergründe des Reformwahns auf. Der Nationalökonom belegt: Wenn wir auf Investitionen setzen und das Vertrauen in die eigene Wirtschaftskraft stärken, anstatt den Staat kaputt zu sparen und unsere sozialen Errungenschaften preiszugeben, wäre die Krise rasch beendet.

„Dass Unternehmen Schmiergelder zahlen, um an Aufträge zu kommen, ist zu einem großen Thema geworden. Das Problem dürfte in der Politik jedoch um vieles größer sein, weil die dort inzwischen geläufig gewordene politische Korruption und alle direkt betrifft. Es ist nämlich üblich geworden, an der Zerstörung wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen Geld zu verdienen. Die „Reformen“ der gesetzlichen Rentenversicherung sind ein Paradebeispiel dafür. Mit demographischen Horrorzahlen wurde unter der Dauerpropaganda der Finanzindustrie, der Medien und interessengebundener Wissenschaftler die Privatisierung der Altersvorsorge durchgepaukt. Die Folge: wachsende Altersarmut und riesige Gewinne bei den beteiligten Finanzdienstleistern.

Der große Ausverkauf ist in vollem Gange, mancher mag das bedauern.“